

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

157 (8.7.1932)

Volkstreuend

IS
EISERNE FRONT
FREIHEIT
EINHEITSPARTI
IST

TAGESZEITUNG DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gepaltene Millimeterzeile kostet 12 P. ...

Andere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wandern, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk, Die Auserkennung / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 1,82 Mark, ...

Nummer 157 Karlsruhe, Freitag, den 8. Juli 1932 52. Jahrgang

Wo bleibt die „Zerreißenserklärung“?

Der unlichere Reichskanzler

Herr v. Papen hilflos in der Zange

Lausanne, 7. Juli. (Eig. Draht.) In der Konferenz von Lausanne ihrem schicksalbestimmenden Ende zuneigt, umso größer wird die gefährliche Unsicherheit in der Haltung der deutschen Delegation. Am Donnerstag bestand zwischen den Erklärungen der anderen Delegationen, den präzisen Angaben besonders der englischen, sowie französischen Presse und den unlicheren Aussagen von deutscher Seite die härtesten Widersprüche.

Der Reichskanzler stellte der Presse am Donnerstag dar, daß er auch am Donnerstag wieder versucht habe, zusammen mit Bülow und Gauß den Pariseren Herriot, Bonnet und Paul-Boncour eine Basis für die politische Regelung anzubieten. Er habe sich dabei auf die Stelle im Boleier Günstigen berufen, die für die Herstellung des Vertrauens die politische Regelung als nötig beschäme. Auch auf Macdonalds Aussagen, daß doch das Ergebnis der Konferenz als Abschluß der Kriegserklärung zu betrachten sei, habe er sich gestützt. Dabei habe er keinerlei Gegenliebe gefunden. Herriot habe es abgelehnt, im Zusammenhang mit der Lauaner Konferenz auf irgend eines der von der deutschen Regierung gestellten politischen Probleme einzugehen. Damit reduzierte sich die Aufgabe der Konferenz auf das Reparationsproblem allein. Das ist zwar beherzigt, aber nicht zu ändern. In der Zwischenzeit und den Verhandlungen für die Zahlung sei man noch so weit auseinander, daß von einer Einigung noch nicht die Rede sein könne.

Der Besuch des Reichskanzlers und des Reichsaussenministers bei der britischen Delegation dauerte bis Donnerstag nacht 1.15 Uhr. Nach dem Besuch des Reichskanzlers und des Reichsaussenministers führen der englische Außenminister Sir John Simon und der englische Schatzkanzler Neville Chamberlain von Dusho nach Lausanne.

um mit der französischen Delegation noch eine Besprechung zu haben, die um 1.30 Uhr nachts begann.

Deutsche und französische Erklärungen

Lausanne, 7. Juli. Bei der heutigen Vormittagsitzung ist, wie wir erfahren, nicht über die Zifferfrage, sondern nur über die politischen Fragen verhandelt worden. Es hat sich dabei herausgestellt, daß der Komplex der politischen Konsequenzen einen solchen Umfang und eine solche Bedeutung haben, daß das Zustandekommen einer reifen Uebereinstimmung in der Kürze der noch zur Verfügung stehenden Zeit kaum als wahrscheinlich angesehen werden darf.

Paris, 7. Juli. (Eig. Draht.) Der Temps schreibt zu den Lauaner Verhandlungen und den politischen Forderungen der deutschen Delegation:

„Wenn die Lauaner Konferenz, entgegen aller Voraussetzung, nicht die erwarteten Ergebnisse zeitigen sollte, würde die Verantwortung dafür weder Herriot noch Macdonald — der, wie man feststellen muß, sich seiner heissen Aufgabe mit sehr viel Sinn für die politischen Realitäten entledigt hat und dem Geist der französisch-englischen Zusammenarbeit treu geblieben ist — sondern Herrn v. Papen zufallen. Der Reichskanzler hat einen schweren Fehler begangen, als er zweifellos unter dem Druck der Berliner nationalistischen Kreise politische Bedingungen für eine Regelung der Reparationsfrage gestellt hat. Er ist heute der Gefangene seines eigenen Mandates. Auf jeden Fall hat er sich dadurch, daß er innerpolitischen Ermüdungen nachgegeben hat, die Sinnesänderung sich erschwert, die er vornehmen muß, wenn er eine Regelung erzielen will, deren einziger Nutznießer sein Land sein wird.“

Präsidentenwahlen in Hessen

Darmstadt, 7. Juli. (Eig. Bericht.) In der Eröffnungssitzung des hessischen Landtags wurde der bisherige nationalsozialistische Präsident des Landtags, Werner, mit den Stimmen des Zentrums gegen Sozialdemokraten und Kommunisten wiedergewählt. Der zweite Präsidentenposten fiel auf den Zentrumsabgeordneten Wehster. Für den dritten Präsidenten war Stichwahl zwischen dem Sozialdemokraten Delp und dem Nationalsozialisten Klotzmann notwendig, die wiederum Stichwahl ergab. Das Los entschied für den Nationalsozialisten.

Das Zentrum brachte zur Frage der Staatspräsidentenwahl folgende Entschließung ein: „Der Landtag erwartet, daß die nächste Wahl zum Reichstagswahl, dem Lande eine neue Regierung gibt. Diese Wahlentscheidung wurde mit nationalsozialistisch-kommunistischer Mehrheit abgelehnt. Der Führer der Nazis, Goebbels, hat eine Erklärung abgegeben, wonach seine Fraktion in den nächsten Tagen die nötigen Schritte zur Regierungsbildung einleiten werde.“

Die Wahl des Staatspräsidenten wurde als erster Punkt auf die Tagesordnung der Freitagsitzung gesetzt. Da alle 70 Abgeordneten anwesend sind — der kommunistische Abgeordnete Sammann, der wegen Landfriedensbruch eine Gefängnisstrafe verbüßt, ist aus dem Gefängnis zur Ausübung seines Abgeordnetenmandats beurlaubt —, dürfte, falls nicht unvorhergesehene Zwischenfälle eintreten, die Abstimmung 35 : 35 ausfallen.

Rücktritt der thüringischen Regierung

Weimar, 7. Juli. (Eig. Draht.) Die thüringische Regierung hat am Donnerstag den Rücktritt beschlossen. Sie hat zur Begründung an den Präsidenten des Landtags folgendes Schreiben gerichtet: „Bei der Beratung des Staatshaushaltsplanes 1932 sind vom Landtag Beschlüsse gefaßt worden, die durchzuführen die Landesregierung nicht in der Lage ist. Wir treten deshalb als Mitglieder der Landesregierung zurück. Weimar, den 7. Juli 1932.“

Es handelt sich bei den Landtagsbeschlüssen, die die Regierung nicht durchführen zu können, um ein von der Sozialdemokratischen Partei eingebrachtes Gesetz, wodurch eine Verordnung der Regierung aufgehoben werden soll, in der bestimmt wurde, daß der Mieterschutz in Thüringen aufgehoben und die Mieter 20 Prozent höher zur Miete herangezogen werden können, wenn die jährliche Miete mehr als 180 Mark beträgt. Ferner um den sozialdemokratischen Antrag, wonach die ungerechte Lohnsummensteuer für die Konsumgenossenschaften, die unter der Regierung eingeführt worden ist, aufgehoben werden soll. Die Steuer beträgt 6 Prozent der Lohnsumme. Die Annahme der sozialdemokratischen Anträge erfolgte im Landtag mit den Stimmen der Sozialdemokratie, Kommunisten und des Staatsparteilers gegen die Stimmen der bürgerlichen Parteien in Abwesenheit der Nationalsozialisten. Diese haben sich von der Verantwortung gedrückt.

Die Landesverfassung bestimmt, daß wenn alle Mitglieder der Landesregierung auscheiden, sie die Geschäfte bis zum Amtsantritt ihrer Nachfolger fortführen. Der Landtag ist gegenwärtig verabschiedet. Mit einer Neuwahl der Landesregierung ist nicht zu rechnen, zumal der Landtag im Dezember neu gewählt werden muß. Eine Neuwahl des Landtages mit den Reichstagswahlen ist

nicht mehr möglich, es sei denn, daß die Fristen im Wahlgesetz wesentlich gestützt werden.

Die Sozialdemokratie wird wahrscheinlich die sofortige Einberufung des Landtags beantragen, damit er zur politischen Lage Stellung nehmen kann.

Wo bleibt die Arbeitsbeschaffung?

Ernstste Arbeitsmarktlage

Geringe sommerliche Entlastung

Ist die Statistik richtig? Wo bleibt die Besserung im neuen „System“?

Die Arbeitsmarktlage im Reich ist, wie der Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 16. bis 30. Juni ergibt, noch wie vor von unverkennbarem Ernst. Die Entwicklung des Arbeitsmarktes zeigt — so lautet der Bericht — seit Mitte Juni (zweifellos) ein günstigeres Bild als in der ersten Hälfte des Monats. Die Voraussetzung, daß die sommerliche Entlastung bereits zum Stillstand gekommen sei, hat sich nicht bestätigt. Nach einem Rückgang um rund 93 000 betrug die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen am 30. Juni rund 5 476 000.

An dieser Abnahme waren die Saison-Arbeitskräfte und die überwiegend von der Konjunktur abhängigen Berufsgruppen in ungenügender Weise beteiligt. Auf eine Besserung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage kann jedoch aus diesen Zahlen nicht geschlossen werden.

Die Abnahme der Arbeitslosenzahl seit dem Höchststand im Winter (Mitte März) beläuft sich jetzt auf rund 653 000 gegenüber rund 1 037 000 im Vorjahr (seit Mitte Februar).

Von der Gesamtzahl der unterstützten Arbeitslosen befinden sich rund 2 485 000 in den Unternehmenseinrichtungen der Reichsanstalt und rund 2 163 000 in der gemeindlichen Wohlfahrtsunterstützungsstellen. Unter den von der Reichsanstalt betreuten Arbeitslosen waren rund 941 000 Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung, das heißt um etwa 61 000 weniger als am vorigen Stichtag, und rund 1 544 000 Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenfürsorge nach einem Rückgang um etwa 29 000.

Der zahlenmäßige Rückgang der Arbeitslosenziffer ist ohne jede Bedeutung, 93 000 gegenüber 5 476 000 — das ist ein verschwindend geringer Ausschlag von 1 1/2 Prozent. Man darf nicht vergessen, daß wir im Juli, also in der für den Arbeitsmarkt besten Jahreszeit, stehen. Von einer Entlastung des Arbeitsmarktes kann man deshalb nicht sprechen, weil zweifellos immer mehr Arbeitslose von den Arbeitsämtern abwandern. Viele erhalten keine Unterstützung mehr und jagen sich, wogu die Schulschloßen verschwenden, wenn der Gang doch zwecklos ist. Die Schätzung der Zahl dieser Arbeitslosen ist größer als man gemeinhin annimmt, und deshalb wird es allmählich Zeit, daß in Deutschland die Arbeitslosen genau so scharf statistisch erfaßt und gezählt wer-

Reichswahlvorschlag der SPD.

Der Reichswahlvorschlag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands enthält folgende Namen:

1. Weis, 2. Crispian, 3. Bogel, 4. Breitfeld, 5. Sifferdina, 6. Zuhars, 7. Landsberg, 8. Dittmann, 9. Reiche, 10. Stampfer, 11. Marum, 12. Hesse, 13. Larnom, 14. Böker, 15. Sempel, 16. Rühl, 17. Bernhard, 18. Stellung, 19. Stilian, 20. Keller, 21. Polenske, 22. Sivers, 23. Simon, 24. Pfänder, 25. Karl, 26. Schiff, 27. Schwertfeger, 28. Schiffhaus, 29. Westphal, 30. Sorlach.

Zeitungsverbote

Der Reichsminister des Innern hat den preussischen Innenminister ersucht, die sozialdemokratische Schlesiische Bergwacht in Baldenburg auf fünf Tage zu verbieten. Severing hat diesem Ersuchen nicht entsprochen, sondern es an das Reichsgericht weitergeleitet.

Die Ablehnung des Verbots des Vorwärts durch den preussischen Innenminister hatte die Schlesiische Bergwacht unter dem Titel wiedergegeben: „Severing überläßt von Gaul.“ Diese Ueberschrift hat es Herrn von Gaul angetan. Der empfindliche Herr hat sich durch sie verächtlich gemacht. Deshalb hat das Ersuchen, die Schlesiische Bergwacht zu verbieten.

Das württembergische Innenministerium hat die kommunistische Süddeutsche Arbeiterzeitung auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausbreitungen bis 9. d. Mts. einschließend verboten.

Die Staatsparteiliche Reichsliste

BRB. Berlin, 7. Juli. In der heutigen Vorstandssitzung der Deutschen Staatspartei wurde weiter beschlossen, folgende Reichsliste aufzustellen: Reichsfinanzminister a. D. Dr. Dietrich, Lemmer, Frau Dr. Marie Elisabeth Lüders und Finanzminister a. D. Dr. Höpfer-Wischoff.

Verrückte nationalistische Weiber

Der Bann des Militarismus hat die Frauen des Bürgertums gepackt. Während die SA. in ihren Notverordnungsstätten auf den Straßen paradiert, laufen die nationalistischen Weiber in einer Art Uniform herum, blau mit blauen Knöpfen. Der neueste Schrei der Mode dazu besteht darin, daß sich die militärtaffnen Weiber Generalsrauten anheften. So fängt es an und das Ende?

Ein Arzt über das Notverordnungssystem:

Der „moralische“ Elendsstaat

Von Dr. med. Franz Korn,

Mitglied der Schlesiſchen Verſammlung.

Der „unmoralische“ Wohlfahrtsstaat des „schwarz-roten Systems“ war sich wenigstens einer Pflicht bewußt: Für die Gesundheit seiner minder bemittelten Bevölkerung nach Maßgabe der verfügbaren Mittel zu sorgen.

Wenn er dieser Aufgabe auch nicht immer vollkommen gerecht wurde, so lag das eben an der Tatsache, daß er letzten Endes doch ein stark kapitalistisch beeinflusster Staat war, und in diesem Sinne vielleicht „unmoralisch“ auch vom sozialistischen Standpunkt aus. Auch wir Sozialisten haben in der Betreuung der Armen zu allen Zeiten immer mehr Moral verlangt.

Doch diese Moral ist eben nach Herrn von Papen von Hitlers Gnaden „unmoralisch“!

Wie sich die „moralische“ Elendsverordnung des Kabinetts von Papen (siehe Hitler G. m. B. S.) auf die Volksgesundheit auswirken wird, darüber haben sich ihre Urheber wahrscheinlich nicht den Kopf zerbrochen.

Kein Wunder, denn der zukünftige rasche und gesundheitspolitische Berater des dritten Reiches — ist ja Herr Herzoginpfelzer Darré.

Wie lagen die Verhältnisse unter dem „schwarz-roten“ System? Der Aufbau der Sozialversicherung in allen ihren Zweigen, besonders der Krankenversicherung, wurde jäh unterbrochen durch die Brüning'sche Notverordnung. Das Volk trug diese Notverordnungen mit Disziplin und zusammengebißenen Zähnen, weil es hoffte, sie würden vorübergehende Maßnahmen heißen und mit dem Weggang der Weltwirtschaftskrise wieder weichen.

Schon die Notmaßnahmen des vergangenen Jahres brachten weiten Kreisen der erwerbstätigen Bevölkerung Hunger, Unterernährung, Wohnungs- und Kleidungs-Elend, und damit Schwächung ihrer Gesundheit.

Wie „unmoralisch“ waren doch diese Kreise, daß sie ihr Leiden großen staatspolitischen Gesichtspunkten unterordneten. Das ist doch auch Ihre Meinung, Herr von Papen?

Wieviele vernachlässigten ihre Gesundheit, weil sie die 50 Pf. für Krankenkasse und Rezept anderweitig noch nötiger brauchten? Wieviele meldeten sich nicht krank, weil sie von dem niedrigen Krankengeld ihre Familien nicht mehr ernähren konnten, und daher eher die Würde ihrer Krankheit trugen als ihre Familien hungern sahen?

Wieviele Erwerbslose und Krisenunterstützte konnten ihre kranken Frauen und Kinder nicht mehr zum Arzt schicken, konnten bei ersten Erkrankungen bei 12 bis 15 Mark Wochenunterstützung nicht noch 3 bis 4 Mark und mehr in den Apotheken ausgeben, weil die Krankenkassen nicht mehr einen höheren Arzneikostenanteil als 50 Prozent tragen durften.

Wieviele verzichteten auf endgültige Heilung im Krankenhaus, weil ihre Familien mit einem Hausgeld von 6 bis höchstens 8 Mark die Woche einfach nicht existieren konnten.

Den Kapitalverlust an Volksgesundheit in Milliarden ausgedrückt, wird die Aufgabe eines späteren Statistikers sein — und wird gleichzeitig eine furchtbare Aufgabe sein gegen die kapitalistische Gesellschaft.

Im nationalen Deutschland wird es „moralischer“.

Ja — das war der unmoralische „Wohlfahrtsstaat“. Da wird der Erwerbslose um 23 Prozent gestürzt, damit er Krankenhaus und Krankmeldung leichter erschwingen kann. Da wird der Krisenunterstützte auf die Höhe des Wohlfahrtsunterstützten herabgedrückt, damit er von seinen 8 Mark Wochenunterstützung bequem 3 bis 4 Mark für Arznei ausgeben kann, wenn die Diätetik oder die Lungenentzündung seines Kindes kostspielige ärztliche Hilfe erfordern. Oder gar Krankenhaus, was in zwei Tagen so viel kostet, wie er in der ganzen Woche erhält. Denn die Krankenkasse darf ja laut Notverordnung bei Familienangehörigen kein Krankenhaus mehr bezahlen.

Und die Wohlfahrt? Ja — die ist doch im Dritten Reich „unmoralisch“. Du Erwerbsloser — du wirst im erneuten Deutschland, wenn dich Krankheit zwängt, das Stempeln aufzugeben, nach zügiger Karenzzeit mit deinen Angehörigen die Woche mit höchstens 10 Mark deinen erdübten Pflegebedarf bestreiten müssen. Du wirst im Krankenhaus das schöne Gefühl haben, daß deine Familie mit 4 bis 5 Mark pro Woche Hausgeld, ja eigentlich ausgezeichnet leben könnte. Und davon natürlich noch Miete, Licht, Bekleidung und Beheizung bestreiten!

Oder wenn deine Familie jahntankt wird, was für den Allgemeinzustand sehr oft bedeutungsvoll ist, wirst du dir überlegen können, ob du deine fürstliche Unterstützung für die Zahlung für ein bis zwei Silberplomben vorerst, oder ob es vielleicht auch Zement tut.

Und wenn besondere Umstände dich heimsuchen, wie wirst du von den moralischen Unterstützungen für deine Familie die Zuschußung zu Verbinden, Zubehörlagen, usw. erwahnen?

Oder wartest du damit bis zum Dritten Reich? Meine Herren Nationalsozialisten, was sagen Sie zu dem neuen notverordneten Gesundheitselend? Was sagen Sie zu der notverordneten Unterernährung, und der damit verbundenen Unterernährung der Volksgesundheit? Oder glauben Sie, daß man Arbeiterkinder nur mit schwarzem Kaffee und Kartoffeln „aufzorden“ kann, zu welchem Zwecke man dem Vermissten noch das Salz verleiern?

Ich weiß, was Sie sagen: die Regierung Papen ist nicht unsere Regierung, sie ist keine Regierung des Dritten Reiches. Und um das zu bekräftigen, verbieten sie ihren Angehörigen von der Regierung Papen zu reden oder gar an ihr Kritik zu üben.

Nein, so leicht wollen wir es Ihnen nicht machen.

Ihnen liegt doch das Wohl des Deutschen Volkes und die Aufsicht einer kernigen, germanischen Rasse besonders am Herzen. Diese Rasse soll wahrscheinlich schlank sein, darum lassen Sie sie ein wenig hungern, um den unmoralischen Wohlfahrtsstaat loszuwerden. Warum rufen Sie nicht nach der Abschaffung der 50-Pfennig-Gebühr für Krankenkasse und Rezept? Warum rufen Sie nicht wenigstens nach der Bezahlung der Erwerbslosen-Familienangehörigen von dieser Krankheitssteuer? Warum verlangen Sie nicht die freie Arznei und freies Krankenhaus für totkranke Arbeiterkinder und -Frauen?

Sorgen Sie wenigstens dafür, daß jene Bestimmungen der Notverordnung beseitigt werden, die das Sterbegeld auf die Hälfte reduzieren. Nehmen Sie dem darbenenden Proleten wenigstens die Sorge um seinen Tod. Ist es nicht genug das Leid, wenn heute ein Arbeiter ein Kind verliert, und er muß zur Bezahlung des Sarges noch mit der übrigen Familie hungern, weil er von der Rasse keinen Sterbezuschuß/moche erhält?

Hitlers Eide

Hitlers Kaiserhof-Rechnung

Eine echte Hitlergeschichte

In Berlin wurde der Prozeß verhandelt, den die Welt am Montag gegen Adolf Hitler, Goebbels und Ahrens, dem Herausgeber eines in Hamburg verbreiteten Flugblattes, wegen des Vorwurfs der Lüge angeklagt hatte.

Die Welt am Montag hatte Anfang April die auch vom Volksfreund veröffentlichte

Rechnung des Hotels Kaiserhof veröffentlicht, die für einen Aufenthalt von 10 Tagen für 12 Zimmer nebst Frühstück um 4848 Mark forderte.

Die Welt am Montag hätte diesen Aufwand Hitlers und seines engeren Stabes in Anlehnung an ein nationalsozialistisches Schlagwort als „orientalische Prasserei“ bezeichnet.

In der gesamten nationalsozialistischen Presse erschienen kurz nach Veröffentlichung dieser Kaiserhof-Rechnung die Erklärungen Hitlers und seiner Rechtsanwältin, die die Mitteilungen der Welt am Montag als schamlose Lüge bezeichneten. Ferner wurde eine eidesstattliche Versicherung Hitlers im Wortlaut abgedruckt, in der die Rechnung als eine Fälschung bezeichnet wurde.

Da nach einigen Wochen die von Hitler angeführte Klasse der Welt am Montag noch nicht ausgegangen war, hatte diese ihrerseits gegen Hitler als Herausgeber des Völkischen Beobachters, Goebbels als Herausgeber des Angriff und Ahrens als Herausgeber eines nationalsozialistischen Flugblattes eine Unterlassungsklage angeklagt und verlangt, daß der Vorwurf der Lüge gegen die Welt am Montag nicht erhoben werden dürfe.

In der Verhandlung waren die Beklagten Hitler, Goebbels und Ahrens durch Rechtsanwalt Dr. Jarnad vertreten. Den Vorwurf der Fälschung gegen die Welt am Montag suchte Dr. Jarnad aufrechtzuerhalten. Sie habe nicht das Original, sondern ein Duplikat der Rechnung veröffentlicht und das sei eine Fälschung (1). Die dem Nürnberger Gericht abgegebene

eidesstattliche Versicherung Hitlers

sei von dessen Adjutanten Wilhelm Brüdner Hitler zur Unterschrift gelegentlich seines Deutschlandfluges vorgelegt worden. Ferner er unterschrieben, habe Hitler seinen Adjutanten gefragt:

„Wenn du das mit deinem Namen deckst, dann unterschreibe ich.“ Der Adjutant Brüdner habe bejaht und Hitler habe darauf im Vertrauen auf Brüdner unterschrieben.

Diese eidesstattliche Versicherung Hitlers ist jetzt Gegenstand einer Strafanzeige, die die Welt am Montag gegen ihn in Nürnberg erstattet habe.

Um die unfrisierte Originalrechnung zu beschaffen, wurde die Verhandlung vertagt.

Auf Grund der leichtfertig abgegebenen eidesstattlichen Versicherung ist letzterzeit gegen die sozialdemokratische Fränkische Tagespost zu Nürnberg eine einstweilige Verfügung erzwungen worden, die die Veröffentlichung der Kaiserhof-Rechnung verbietet.

So werden von dem „Führer“ der Erneuerungspartei eidesstattliche Versicherungen abgegeben, wenn es sich darum handelt, die Wahrheit über sein Privatleben und das seines Stabes zu unterdrücken. Denn die eidesstattliche Versicherung ist falsch, weil die Kaiserhof-Rechnung echt ist.

Zu den Feststellungen des Prozesses bemerkt der Bamberische Kurier:

„Die Behauptung, daß ein Duplikat eines Schriftstückes eine Fälschung sei, hat unstrittig viel von Originalität an sich. Ernsthaft sieht sich, was der Verteidiger Hitlers über das Zustandekommen seiner eidesstattlichen Versicherung vor Gericht erzählt. Also so werden eidesstattliche Versicherungen von den Herren des Dritten Reiches gegeben, daß man unbedenken unterschreibt, was ein anderer aufseht hat. Das verrät eine — Großzügigkeit der Auffassung von der Bedeutung des Eides, daß ein Bemöher des Zweiten Reiches dabei nicht mitkommt. Diese „Großzügigkeit“ reicht nur an jene heran, mit der Herr Adolf Hitler im Jahre 1923 sein Ehrenwort gegeben hat, daß er dann hinterher nicht hielt.“

Der rajende Wahnsinn

Königsberg, 8. Juli. Nach einer nationalsozialistischen Berichterstattung kam es gestern abend zwischen einem Trupp von etwa 30 uniformierten Nationalsozialisten und ungefähr 50 Kommunisten auf dem Domplatz zu einer allgemeinen Schlägerei, bei der auch mehrere Schüsse abgegeben wurden. Ein Nationalsozialist erhielt einen Schuß ins Bein. Als die Polizei eintrifft, wurden auf die Beamten Schüsse abgegeben, die das Feuer erwiderten. Es soll aus einigen Häusern geschossen worden sein. Aus den Fenstern wurde Schmelzläure auf die auf dem Platz befindliche Menge geschossen. Mehrere Personen haben leichte Verletzungen erlitten. Die Polizei räumte schließlich den Platz mit dem Gummiknüppel und löscherte die anschließenden Straßen, so daß nach einer Stunde die Ruhe wieder hergestellt war.

Pinneberg, 7. Juli. In Pinneberg kam es heute mittags zu kommunistischen Demonstrationen. Die Polizei stellte sich den Demonstrationstruppen von etwa 100 Personen, die teilweise von auswärts gekommen waren, beim Rathaus entgegen. Bei dem Zusammenstoß wurden mehrere Personen durch Schüsse verletzt. Einige Demonstranten wurden festgenommen.

Schmerin, 7. Juli. In der Nähe des Arbeitsamts kam es heute vormittags zu schweren Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Die Polizeibeamten wurden hart bedrängt und geschlagen. Auch einige Schüsse wurden abgegeben. Ein Polizeiwachmeister wurde durch einen Bauhieb schwer verletzt.

Ein echter Hakenkreuzler

Ahn, 7. Juli. (Eig. Bericht.) Das Kölner Schöffengericht verurteilte den Nationalsozialisten Alfred Klatt, von Beruf Möbelwäcker, zu einem Monat Gefängnis, die durch die erlittene Unterjuchungshaft als verhängt seien.

Klatt hat vor einigen Wochen abends zwei Kommissare der politischen Polizei überfallen, einen mit einer eisernen Stange ins Gesicht geschlagen und dem anderen einen Hieb gegen den Kehlkopf versetzt. Der Nazirangföhrer ist wegen Körperverletzung, Widerstandsleistung und Sachbeschädigung bereits mehrmals vorbestraft und hat wegen Diebstahls schon im Jugendhaus gesessen.

Lebensmittelverteuerung durch Autarkiewahn

Der Autarkiewahn hat ein neues Opfer gefordert. Die Reichsregierung hat den deutsch-schwedischen Handelsvertrag für Ende Januar 1933 gekündigt. Wir stehen also vor einem Handelskrieg mit Schweden. Außerdem werden die Rückwirkungen in anderen Ländern nicht ausbleiben. Aus Holland und Dänemark, die von den schwedisch-deutschen Auswärtigenbeziehungen stark getroffen werden, liegen bereits bedenkliche Nachrichten vor.

Im Grunde genommen geht es um höhere Zölle auf Speck und Schmalz. Am Dienstag sind bereits höhere Zölle für diese Artikel in Kraft getreten, indem die sogenannten Zwischenzölle beseitigt wurden. Damit steigt der Speckzoll von 14 auf 20 M. pro Doppelzentner und der Schmalzoll von 6 auf 10 M. Das genügt aber den Anhängern der Autarkie nicht. Durch Kündigung des Schwedenvertrages will man den Weg für eine Verteilung des Schmalz- und Speckzolls freimachen.

Zum Schluß ist zu erwähnen, daß die Kündigung des deutsch-schwedischen Handelsvertrages auch die Möglichkeit gibt, die Rindfleisch- und Schafzölle und die Käsezölle weiter zu steigern.

Die Zölle werden in Deutschland abgebaut, die Lebensmittel aber durch Zölle verteuert. Durch Handelskriege wird der Arbeitsmarkt völlig erschlagen, so daß sich die Arbeitslosigkeit in diesem Winter erschrecklich steigern muß.

Das deutsche Volk hat am 31. Juli Gelegenheit, mit dieser Wirtschaft aufzuräumen.

Ungeklärter tödlicher Unfall eines Berliner Polizeioberleutnants

OB. Berlin, 7. Juli. In seinem Dienstzimmer in Wilmersdorf wurde heute vormittag der Polizeioberleutnant Meas mit einem schweren Kopfschuß aufgefunden. Meas ist am Nachmittage seiner schweren Verletzung im Krankenhaus erlegen, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben. Die Untersuchung des Falles hat bisher noch keine Gewißheit darüber ergeben, wie sich das Unfälle ereignet hat.

Die „Mist“gabel

In ohnmächtiger Wut über das Anwachsen der Eisernen Front nennt der Völkische Beobachter das Symbol der Eisernen Front: „Die Mistgabel!“

Endlich ist dem Blatt Hitlers einmal ein treffender Gedanke gekommen. In der Tat: Unsere drei Pfeile, die „Mistgabel“, werden den Nazi-Saukall ausmisten!

Kameraden! Das Schimpfen des Hitlerblattes beweist nur eins: daß

Ihre drei Pfeile treffen

Jedem Freiheitskämpfer sagen: Die drei Pfeile tragen!

Wahlausruf der Bayerischen Volkspartei

Freiheit! Die Parole

Der Wahlausruf der Bayerischen Volkspartei für den 31. Juli richtet sich in überaus scharfen Gedankenwendungen im wesentlichen gegen die Nazis. Es heißt darin, daß die in keiner Weise durch sachliches Interesse gebotene Reichstagsauflösung von innerpolitischen Kräften betrieben und erzwungen wurde, die am 10. April unterlegen sind und sich um den Sinn der damals getroffenen Entscheidungen (gegen ein Reich der Gewalt, der Willkür und der Parteidiktatur) nicht kümmern wollen. Infolgedessen bedeutet der 31. Juli einen Kampf gegen die Verfassung des am 10. April mit elementarer Kraft bekundeten Volkswillens. Vor allem geht es um die Existenz der Volkserziehung in Deutschland überhaupt, denn es seien Kräfte am Werk, die die Volkserziehung und damit das Volk überhaupt von der Mitwirkung an seinem politischen Schicksal ausschalten und höchstens ein Scheinparlament ausgeben wollen.

Das Bemerkenswerte an dem Wahlausruf ist aber seine Schlußwendung, die ein uneingeschränktes Bekenntnis zu der demokratischen Parole der Eisernen Front enthält. Sie lautet:

„Der 31. Juli ist der Tag der Volksbestimmung darüber, ob wir frei sein wollen im freien Land oder Knechte unter einer Tyrannenherrschaft. Freiheit ist unser Kampf!“

Hindenburgs Schützlinge

Dresden, 7. Juli. (Eig. Bericht.) Der sächsische Landtag beschloß am Donnerstag mit großer Mehrheit, die Strafverfolgung des nationalsozialistischen Abgeordneten Studentenkoffi zu genehmigen. Studentenkoffi soll nach Erlass des Uniformverbots durch den Reichspräsidenten in einer Leipziger Verammlung geäußert haben: „Vor diesem Kerl (Hindenburg) möchte ich am liebsten auslaufen.“ Kürzlich hat Studentenkoffi eine Todesanzeige für seinen Bruder aufgegeben mit den blasphemischen Worten: „Er starb im Glauben an Adolf Hitler.“

Aus aller Welt

Unter dem Verdacht der Denzierung verhaftet
Dannover, 7. Juli. Unter dem Verdacht der Denzierung wurde der Kaufmann Röske aus Düsseldorf auf der Insel Borsum, wo er zur Kur weilte, verhaftet.

Expresse!

Im Zusammenhang mit der von der Staatsanwaltschaft unter suchten Erpressungsaffäre „Industrie-Kurier — Deubheim“ hat der Untersuchungsrichter beim Landgericht 3 in Berlin Haftbefehl er lassen gegen den Hypothekensammler Hentschel aus Charlottenburg. Hentschel hatte mit dem bereits verhafteten Dr. Spier und Dr. Gheiss zusammengearbeitet. Er hatte es übernommen, den ebe maligen Deubheimdirektor Joppel dem „Industrie-Kurier“ zuzu führen und ihn darauf vorzubereiten, daß der „Industrie-Kurier“ seine Angriffe gegen Joppel gegen entsprechende Bezahlung ein stellen solle. Außerdem hat Hentschel die „Gemeinschaft der Freunde Wüstenroth“ leinerezeit wissen lassen, daß der „Industrie-Kurier“ Angriffe auf dieses Unternehmen und auf die ihm ver bundene Bauiparalle unterlassen würde, falls er hierfür „entschädigt“ werde. Hentschel forderte für seine Lebenswürdigkeit die Be zahlung von 100.000 M. Er holte sich eine gründliche Ausbildung; der „Industrie-Kurier“ setzte infolgedessen seine „Angriffe“ fort.

Schallplattennotverordnung

Im Berliner Funkhaus werden in Zukunft alle verkündeten Notverordnungen gleichzeitig mit ihrer Durchsage am Mikrophon auf Schallplatten aufgenommen. Diese Schallplatten sind nicht, wie üblich, für das Archiv der Funktunde bestimmt, sondern gelten als Reservatdokumente und „eigentliche Unterlagen“ für den Vorlaut des verkündeten Textes. Jede Schallplatte bekommt den Aufdruck: „Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten vom ...“ und befindet sich im Rundfunk am ... genaue Zeit ... vom Dienst ...

Nach rohem Obst kein Wasser trinken!

Dr. Frankfurt a. M., 7. Juli. Schon häufig ist gemerkt worden, daß man nach dem Genuß rohen Obstes kein Wasser trinken soll. In Wiesbaden hat diese Unruhe wieder ein Opfer gefordert. Dort verstarb plötzlich eine 27jährige Kontoristin und es wurde vermutet, daß sie keineswegs eines natürlichen Todes gestorben sei. Dienstag erfolgte auf dem Friedhof in Höchst die Sektion der Leiche. Die Obduktion ergab als Todesursache einen schweren Magen- und Darmkatarrh. Dieser ist darauf zurückzuführen, daß die Kontoristin eine sehr reichliche Portion Erdbeeren genossen und gleich danach Wasser getrunken hatte. Als sie denn kurzlebige Sommererntet, nahm sie Pflanzobst, ohne daß ihr dieses Mißge schick hätte kommen können.

Französisches Unterseeboot gelunken

Dr. Cherbourg, 7. Juli. Das französische Unterseeboot „Prométhée“ ist auf der Reede von Cherbourg gelunken. Es befan den sich zur Zeit der Katastrophe an Bord 36 Mann Besatzung und 17 Ingenieure und Arsenalarbeiter. Gerettet wurden sieben Mann der Besatzung, 10 dahingegangen. 66 Personen vermißt werden.

Ueber das Unglück verlauten folgende Einzelheiten:
Auf der heutigen Probefahrt sollten gewisse Konstruktions ein heiten besser geregelt und einseitig werden. Aus diesem Grunde befanden sich auch außer der Besatzung eine Anzahl Ingenieure und Arsenalarbeiter an Bord. Die Offiziere und Mannschaften, die gerettet wurden, befanden sich im Augenblick des Unglücks auf der Kommandobrücke. Hilfsboote eilten sofort an die Unfallstelle und konnten diejenigen Mitglieder der Besatzung retten, die ins Wasser gefallen waren. Gerettet wurde auch der U-Bootkommandant.
Das U-Boot hatte, wie Mattin berichtet, eine Reinerdrängung von 1.500 Tonnen und 2.000 Tonnen unter Wasser; es war 90 Meter lang, 9 Meter breit und hatte 5 Meter Tiefgang. Als Antrieb hatte es zwei Diesel-Sulzer-Motoren von je 500 Pferdekräften und Dynamos von 2000 Volt. Seine Geschwindigkeit betrug über Wasser 13, unter Wasser 8 Knoten. Die Bestückung bestand aus zwei Torpedorohren, Kaliber 550, zwei Geschützen und einem Maschinengewehr. Die vorrätige Besatzung des U-Bootes umfaßt 65 Mann. Das U-Boot war so gebaut, daß es Reiserfahrten bis zu 30 Tagen Länge durchzuführen konnte.

Was tut Papen?

Er senkt die Unterstützungen, er besteuert die Armen, er senkt die Kaufkraft. Die Folge ist neue Arbeitslosigkeit.

Was tun die Nationalsozialisten?

Sie hetzen nicht dagegen wie bei Brüning.

Tagesschau

Von den Amerikafliegern, die von Berlin nach Moskau weiter fliegen, fehlt bisher jede Nachricht.
Am 7. Juli (S.P.) Der Reichsverband Deutsche Konsumvereine in Köln, der der Zentrumspartei nahesteht, hat an die Reichsregierung eine dringende Eingabe gerichtet mit der Bitte, den aufgetauchten Plan einer Margarinesteuer abzulehnen. Eine weitere steuerliche Belastung der breiten Schichten durch eine Margarinesteuer sei ganz untragbar, nachdem die letzte Notverordnung sowieso unerträgliche Herabsetzungen der Renten und außerdem die Krisensteuer, die Salsteuer, die Schlachtsteuer usw. gebracht habe.
Der preußische Staatsrat hat die Amnestievorlage in seiner Sitzung angenommen.
Der Reichsrat verabschiedete die Ausführungsbestimmungen zum Weingesetz.

Freistaat Baden

Naziprovokationen im Murgtal

Aus dem Murgtal wird uns geschrieben:
In einer der letzten Nächte hat sich eine Horde Nazi-Jünglinge die Freiheit herausgenommen, die Nacht Ruhe der Bürger zu stören und vor den Wohnungen verschiedener Genossen oder Kameraden der Eisernen Front in echt falschlicher Weise zu knurren. Eine der gemeinsten Provokationen verübten diese „rauben Kämpfer“ vom Dritten Reich vor dem Hause unseres Reichsbannervorstandes in Gaasenu. Unserm Genossen und Kameraden wurde gedroht mit den Fäusten. Warie nur, Du Kater, wenns los geht, bist Du einer der ersten, dem wir den Hals abschneiden! Untere Herrschaftsbahn soll kein Siffer sein an die Öffentlichkeit. Wenns not tut, werden wir mit diesen Burken schon noch fertig werden. Wir wollen nur feststellen, wer der provozierende Teil ist und Streit lust. Denn wir lassen uns diese Drohungen nicht lange gefallen. Wir wissen, wenn diese Herrschaften einmal gefaßt und gebirgt abgedrückt worden sind, daß sie dann die reinste „Inselbühnen“ sein wollen. Wir machen deshalb jetzt schon darauf aufmerksam, wer der Provozierende ist, damit die Öffentlichkeit weiß, wozu sie ist, wenn mal der Sittel umgedreht wird und der Schutz nach hinten losgehen sollte. Wir hoffen, daß diese Zeilen aneilen, die Ruhe in untern Ortshöfen auch ferner zu bewahren und sich solche Provokationen nicht wiederholen.

Lehrervereinsobmann und nationalsozialistische Beamte

Der Obmann des badischen Lehrervereins, Herr Lindenfesler, Hebelberg, äußerte sich über die Ausberufung einzelner nationalsozialistischer Lehrer durch die badische Regierung. Der Herr sprach zunächst ein etwas eigenartiges Satz aus: „Unbehaglich habe ich die Anwendung der Abbaubestimmung der Hauschallnotverordnung vom Oktober 1931 bei politischen Verhältnissen empfunden.“ Er meinte dann, lediglich die Disziplinarregeln könnten bei politischen Verhältnissen zur Anwendung kommen, aber Disziplinarregeln und nachfolgender Aufbau seien eine Doppelstrafung, und mit der Reduzierung des deutschen Berufsbeamtentums nicht vereinbar.
Nach Herrn Lindenfesler darf also der heutige Staat, und viel leicht richtet sich die Bemerkungen des Herrn Lindenfesler nur gegen den heutigen Staat, also gegen die demokratische Republik, gegen die Treibereien staatsfeindlicher Beamten sich nicht so zur Wehr setzen, wie es sonst in jedem geordneten Staatswesen üblich und auch notwendig ist. Die nationalsozialistischen Berufsbeamten des Herrn Lindenfesler denken ganz anders über diese Frage: Sie erklären über all, wo sie ihr politisches Lüstermäulchen aufzureißen ver mögen, daß die Nationalsozialisten ohne Gnade und Schonung jeden Beamten von seinem Posten entfernen werden, der ihnen nicht pariere, falls sie an die Macht kommen. Warum hat Herr Lindenfesler, wenn er schon glaubte, die Überdienstleistung nationalsozialistischer Staatsbeamte bedürftig zu wissen, nicht auch ein Wort gegen die Treibereien seiner nationalsozialistischen Berufskollegen gefunden? Aber Herr Lindenfesler weiß, daß besonders große Teile sowohl der Lehrerschaft wie der evangelischen Pastoren dem obersten und höchsten Nationalismus verfallen sind. Und im übrigen: Man kann nie wissen, denkt offenbar Herr Lindenfesler, wie es kommt!

Verjammlungsverbot in Freiburg

Freiburg i. Br., 7. Juli. Die vom Tannenbergsbund E. B., Kampfgruppe Freiburg, durch Herrn Reichsanwalt Heberer Schneider in Karlsruhe auf Freitag, den 8. Juli 1932 in Freiburg angemeldete öffentliche Verjammlung mit dem Wor ttrag: „Die Kriegspolitik des Reiches“ wurde auf Grund des § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Versammlungen vom 14. Juni 1932 in Verbindung mit § 1 Nummer 2 der Verordnung des Reichsministers des Innern vom 28. Juni 1932 polizeilich verboten.

Zapf, Spitzenkandidat der Deutschen Volkspartei Baden

Dr. Karlsruhe, 7. Juli. Die Deutsche Volkspartei Badens hat durch Beschluß den Rechtsanwalt Heberer Dr. Zapf (Heidel berg) gebeten, die Reichstagsliste der Deutschen Volkspartei in Baden zu führen. Dr. Zapf hat das Mandat angenommen. Von den Jahren 1920 bis 1930 gehörte er als Vertreter der Wals dem Reichstag an.

Aufmarsch der Kommunisten

Dr. Mannheim, 7. Juli. Am Mittwochabend veranstalteten die Kommunisten in Mannheim einen Massenaufruf ihrer An hänger, der vom Reichsamt keine Ausnahme nahm. Nach einem Marsch durch die Hofstadt besetzte sich der etwa 6000 Teilnehmer folgende Zug durch die Straßen der Innenstadt. In zahlrei chen mitgeführten Transparenten und Sprechschreien wandte man sich gegen die letzte Reichsregierung und die Nationalsozialisten. Am Marktplatz fand der Zug, dessen Vorbeimarsch ungefähr eine halbe Stunde dauerte, mit einer Schlußkundgebung sein Ende. Die Polizei, die durch Ueberfalltruppen, Radfahrerpatrouillen und Beamte auf Motorrädern den Zug begleitete, sorgte an den Straßenecken für die Verkehrsregelung. Zu Zusammenstößen mit politischen Gegnern und der Polizei ist es während des Auf marsches nicht gekommen.

Entpolitisierung der Kirche

Vom Volkskirchenbund evangel. Sozialisten wird uns geschrie ben: Die nationalsozialistische „Kirchliche Vereinigung für positives Christentum und deutsches Volkstum“ wie der Volkskirchenbund religiöser Sozialisten haben zur Wahl der Landeskonferenz am 10. Juli die Parole ausgegeben: Entpolitisierung der Kirche. Sie meinen aber damit etwas ganz Verschiedenes.
Die religiösen Sozialisten verstehen unter der Entpolitisierung der Kirche dies, daß die evangelischen Landeskirchen nicht unter

Verleugnung ihrer eigenen Aufgabe sich fremden politischen Zwecken dienstbar machen dürfen, wo es die Nationalsozialisten von den Kirchen fordern, daß sie für „das Lebensrecht“ des deutschen Volkes, wie die Nationalsozialisten es ausbeuten, einstehen und dem „gegenwärtigen deutschen Freiheitskampf“ d. h. dem Faschismus die moralische Unterstützung leisten sollen. Entpolitisierung der Kirche — das bedeutet für die religiösen Sozialisten, daß nicht allein das Bürgertum das Recht haben darf, innerhalb der Kirche seine staats- und wirtschaftspolitische Auffassung zur Geltung zu bringen, daß zum mindesten nicht länger das gleiche Recht den sozialistischen Kirchengenossen verwehrt werden darf.

Die Nationalsozialisten dagegen meinen mit Entpolitisierung der Kirche die Entmündigung des Kirchengenossen, die Beseitigung der bestehenden demokratisch-parlamentarischen Kirchenverfassung. So lange die Kirche hinein gestellt ist in eine klassenmäßig gesaltene Gesellschaft, müssen auch in der Kirche sich die Spannungen und Gegenläufigkeiten der Klassen auswirken. Die religiösen Sozialisten glauben darum, daß wahre Kirche als Gemeinschaft des Glaubens und der Liebe erst werden kann nach Ueberwindung der Klassen gesellschaft und in dem Maße als der Sozialismus verwirklicht wird. Auch die religiösen Sozialisten empfinden die kirchlichen Parteikämpfe der Gegenwart als ein Uebel unseres kirchlichen Lebens. Aber sie wollen es überwinden, indem sie ihm an die Wurzel gehen durch Umänderung der gesellschaftlichen Basis, auf der diese Parteikämpfe erwachsen. Aber nicht kann das Parteisein in der Kirche dadurch überwunden werden, wie die Nationalsozialisten es wollen, daß man zu Gunsten einer einzigen kirchenpolitischen Gruppe alle übrigen entzieht und mundtot macht, indem man ihnen die Möglichkeit entzieht, ihren Willen überhaupt noch zum Ausdruck zu bringen, und die Leitung der Kirche einem Bischof überträgt, der wie ein Papst mit unumkehrbarer Vollmacht die schärfste Lehrschrift über für Kanzel und Ratheder. So läßt sich freilich die Kirche umformen. Aber die so gewonnene Ruhe in der Kirche muß zur Kirchhoisruhe werden.

Verstehen sich die evangelischen Landeskirchen endgültig dem Faschismus, so werden sie auch in seinem unausbleiblichen Sturz mitgerissen werden. Es wird dann eine organische Umbildung der evangelischen Kirchen in allmählicher Entwicklung von der Staatskirche zur freien Volkskirche nicht mehr möglich sein, sondern, was an evangelischem Leben noch vorhanden ist, wird nach der Zerstückelung der alten kirchlichen Formen sich neue Ausdrucksformen schaffen müssen.

Aber noch geben die religiösen Sozialisten die Kirche nicht ver loren. Der 10. Juli muß verhindern, daß die badische Landes kirche und damit auch die übrigen deutschen Landeskirchen dem Nationalsozialismus verfallen. Der 10. Juli muß in der Abwehr des Nationalsozialismus zu einem Sieg des Sozialismus werden. Darum, Genossen, die ihr der Kirche angehört: Wählt!

Zahlungstermine für die badischen Beamtengehälter

Dr. Karlsruhe, 7. Juli. Die badischen Beamtenverbände wenden sich in einer Zuschrift an die Presse gegen die amtlichen Auslassungen wegen der Zahlungstermine für die badischen Beamtengehälter. Es heißt darin, Baden sei das einzige Land, das die Ueberleitung in die Gehaltsnachzahlung angeordnet habe; das Land Hessen, das dieselbe Bestimmung getroffen habe, hätte die Unhaltbarkeit eingesehen und diese Bestimmung wieder aufgehoben. Die badische Sondermaßnahme komme einer mehr als vierprozentigen Gehaltskürzung gleich und wolle von Monat zu Monat drückender, weshalb die Beamtenorganisationen dauernd um Aufhebung drängten. Die Beamtenverbände wünschen die schärfste Regelung. In diesem Falle würde keine mehr als vierprozentige Kürzung wie nach der badischen Anordnung eintreten und die badischen Beamten kämen nicht mehr in die finanzielle Notlage, daß sie beispielsweise vom 1. bis 22. Juni, vom 1.—23. Juli, vom 1.—26. August, vom 1.—28. September, vom 1.—29. Oktober usw. jeweils von einem halben Monatsgehalt leben sollen. Sachten bezahlte sie ein Drittel am 1., 11. und 21. Juni, während Baden am 1. Juni schon die Hälfte und dafür die zweite Hälfte erst am 22. Juni 1932 vergütete.

Der Arbeitsmarkt in Südwestdeutschland

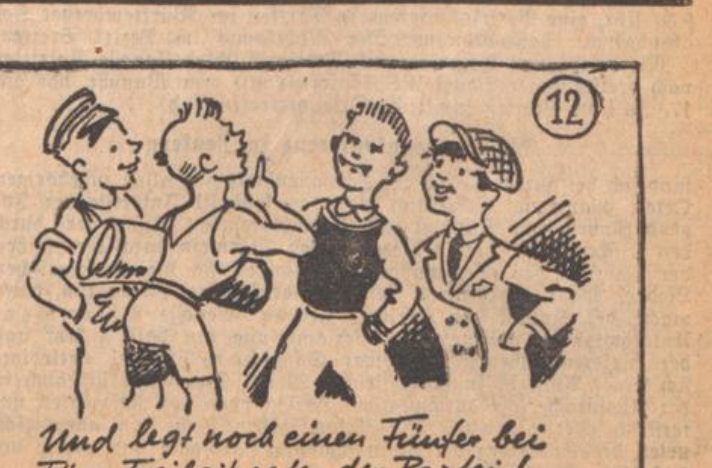
Der Bericht über die Entwicklung des Arbeitsmarktes im Bezirk des Landesamtes Südwestdeutschland in der Zeit vom 16. bis 30. Juni 1932 lautet:
Die Zahl der bei den württembergischen und badischen Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitsuchenden ist in der zweiten Hälfte des Juni um 6871 Personen zurückgegangen. Der Gesamtbestand an Arbeitsuchenden betrug Ende Juni 301.716, davon kamen 122.270 auf Württemberg und 179.446 auf Baden. Von den Arbeitsuchenden waren 286.764 als arbeitslos zu betrachten, und zwar 113.638 in Württemberg und 173.126 in Baden. Die Belastung der Unter stützungseinrichtungen hat sich in der Arbeitslosenversicherung um 5313 Hauptunterstützungsempfänger und in der Krisenfürsorge um 2388 vermindert, während die Zahl der in der öffentlichen Fürsorge unterstützten Wohlfahrtsdienstleistungen weiter gestiegen ist. Der Stand an unterstützten Arbeitslosen war nach der Statistik der Arbeitsämter am 30. Juni 1932 folgender: in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung 57.248 Personen (39.026 Männer, 18.222 Frauen), in der Krisenfürsorge 88.805 Personen (72.633 Männer, 16.172 Frauen). Die Gesamtzahl der Unterstützten ist um 8301 Personen oder um 5,4 v. H. nämlich von 154.354 Personen (118.340 Männer, 36.014 Frauen) auf 146.053 Personen (111.659 Männer, 34.394 Frauen) gefallen; davon kamen auf Württemberg 61.711 gegen 64.706, auf Baden 84.342 gegen 89.648 am 15. Juni 1932. Im Gesamtbezirk des Landesamtes Südwestdeutschland kamen am 30. Juni 1932 auf 1000 Einwohner 29,0 Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge. Dazu kamen noch 76.751 in der öffentlichen Fürsorge unterstützte Wohlfahrtsdienstleistungen oder 15,3 v. Z. der Einwohner.



Die Sonne schießt — Mensch ist das heiß! Was kocht da wohl? Ne Waffel Eis!



Nez, Kinder, sagt Frau Roth bestimmt: „Jetzt jeder seinen Groschen nimmt“



Und legt noch einen Fünfer bei Frau Freigerhopper der Partei!

Die Bezirkskonferenzen

frischer Kampfgeist im ganzen Land

Es geht ein frischer Kampfgeist durch die Arbeiterschaft. Die von Hitler tolerierte Regierung der Barone hat weiten Kreisen endlich in allerletzter Stunde die Augen geöffnet, wobei die arbeitenden Massen kamen, wenn es am 31. Juli nicht gelingt, dem Faschismus einen Damm entgegenzusetzen. Die Papen-Kotterordnungen mit ihren Hungermaßnahmen zeigen, daß die ganze Hitlerbewegung nichts anderes war und ist als ein Mittel der Arbeiterfeinde, um auf diese Weise durch Zerstückung des deutschen Volkes wieder die Herrschaft der 600 erblichen Junker und weltlichen Schlotbarone aufzurichten und das arbeitende Volk in die Hungerzustände der 80er Jahre zurückzuwerfen. Die paar Wochen Papen-Regierung zeigen, wohin die Reise geht. Die Augen sind geöffnet und es gilt nunmehr, in Wort und Schrift an der Arbeitsstätte und beim Weg von und zur Fabrik, bei der Unterhaltung und bei den Arbeiten auf dem Felde allen Arbeitsbrüdern die Augen darüber zu öffnen, was die Pflicht am 31. Juli ist: Wählt die Kandidaten der Sozialdemokratie! Die Gruppenkonferenzen vom letzten Sonntag haben durch Unterzeichnung der Bedeutung der Stunde den Anstoß zu den vorzunehmenden Arbeiten gegeben, wobei die Herbeibringung des Symbols am 31. Juli die größte Bedeutung beansprucht. Die drei Pfeile müssen Siegeszeichen werden und mit erhobenem Faust gilt es nun in den Wahlkampf zu treten mit dem Rufe:

Freiheit!

Gruppenkonferenz in Hagsfeld

In der am Sonntag in Hagsfeld stattgefundenen Gruppenkonferenz waren alle Orte ziemlich gut vertreten. Referent war Gen. Saebler-Karlsruhe. Durch einen besonderen Umstand wurde die Tagesordnung vorweg erledigt und dann das Wort dem inzwischen erschienenen Gen. Saebler zu seinem Vortrag erteilt. Der Referent erklärte eingangs seines Referats, daß es sich weniger um eine Stellungnahme zu den gegenwärtigen politischen Fragen handle, sondern um den Reichstagswahlkampf als solchen und im besonderen um die Bekämpfung der Nazifuge nach den neuen Methoden. Nicht darauf käme es an, jetzt viele Wählervereinsammlungen abzuhalten, in denen doch nur Mitglieder der Partei erscheinen, die sowieso wissen was wir wollen, sondern darauf, den Wahlkampf aktiv und in die Öffentlichkeit bringend zu gestalten. Gen. Saebler entwarf ein klares Bild von den Erfordernissen und Anforderungen, die nötig sind, um das Wahlergebnis so zu gestalten, daß unsere Gegner sehen, daß sie uns nicht auf die Knie zwingen können. Mit größtem Interesse und zunehmender Begeisterung folgten die Genossen den Ausführungen, die, das können wir versichern, nicht nutzlos vorgetragen wurden. Mit dem Gruß der Eisernen Front „Freiheit“ schloß der Referent seine Ausführungen. Gen. Lehmann-Blattloch dankte dem Gen. Saebler für seine Ausführungen. Damit war die Konferenz beendet. Beschlossen wurde die nächste Konferenz in Graben abzuhalten.

Die Gruppenkonferenz in Sulzfeld

Am Badischen Hof in Sulzfeld waren die Mitglieder von dem hinteren Amtsbezirk Bretten, der Orte Bretten, Gölshausen, Bauerbach, Flebingen, Rürnbach, Sulzfeld, Mühlbach, Gochsheim und Bahnbüden anwesend, um sich miteinander auszusprechen über die Art wie der Wahlkampf geführt werden soll. Nach der Eröffnung durch Gen. Hartmann-Antritter, Sulzfeld, gab Gen. Edert, Bretten, zunächst ein Bild der derzeitigen politischen Lage und der sich daraus ergebenden Einstellung der SPD zu den kommenden Dingen. Die heutige Regierung und ihre Kotterordnungen werden von den Nazis toleriert. Deshalb müssen wir den Wählern mit aller Deutlichkeit sagen, wer die Kotterordnungspolitik führt! Der Redner ging dann auf die neuen Agitationsmethoden ein. Wenn sie überall richtig durchgeführt werden, muß der Erfolg auch in unserm braunen Amtsbezirk nicht ausbleiben. Wenn der Bauer den Reichstagswahlkampf nicht ausbleiben lassen will, dann wird bei manchem Bauern hämmern und er wird erkennen, was für eine feine Partei die Nazis sind. Mit den Sulzfelderorten wird die Arbeiterschaft auch im Amtsbezirk Bretten fertig, wenn sie reflexlos in der Eisernen Front auf dem Damme ist.

Eine lebhafte Diskussion setzte nach dem Referat ein. 25 Redner beteiligten sich daran, u. a. die Genossen Kunzmann-Rürnbach, Müller-Rürnbach, Suedt-Gölshausen, Mundina-Bretten, Velt-Bauerbach, Schuler-Gochsheim, Velt-Bahnbüden, Meier, Friedr. Antritter, Friedr. Krüger-Sulzfeld. Die neuen Agitationsmethoden wurden begrüßt und gewünscht, daß von Karlsruhe aus den Vorberatern mehr Unterstützung zuteil wird. In der Hauptsache wurde von jedem Redner gefordert, die Gruppenkonferenzen sollen zu lassen und die Amtsbezirksmitarbeiter zu regelmäßigen Versammlungen einzuweisen, damit sich die einzelnen Orte ausprechen können, wie man sich nennenswert am besten unterhalten kann. Auch Fragen des Arbeitsamts Bruchsal wurden besprochen und auf die unzureichende Maßnahmen des Arbeitsamts hingewiesen. Die Frage der Betreuung der Arbeitslosen wurde von verschiedenen Rednern klar in den Vordergrund gestellt. Vor allem wünschte man eine stärkere organisatorische Zusammenarbeit im Amtsbezirk, die sich dann auch auf die Agitation vorarbeiten auswirken wird. Zu diesem Zweck soll schon in nächster Zeit eine Amtsbezirkskonferenz einberufen werden, um noch vor den Wahlen diese Zusammenfassung vollziehen zu können.

Genosse Edert ging in seinem Schlusswort auf die vorgebrachten Wünsche ein und erklärte noch verschiedene Unstimmigkeiten bez. der Agitation auf. Auch beim Arbeitsamt Bruchsal werden in Sache der Feuerien nochmals Schritte unternommen werden. In der Sache Amtsbezirkskonferenzen und sonstiger Wünsche wird beim Parteisekretariat vorgebracht.

Es wurde einstimmig beschlossen, am 17. Juli 1932, vormittags 8.30 Uhr, eine Bezirkskonferenz in Bretten im Württemberg Hof abzuhalten. Tagesordnung: Der Wahlkampf im Bezirk Bretten. Mit dem neuen Kampfesgruß „Freiheit“ schloß Genosse Antritter nach dreißigminütiger Dauer die Konferenz mit dem Wunsch, das am 17. Juli in Bretten sämtliche Orte vertreten sind.

Die Gruppenkonferenz in Zeutern

fand sich bei gutem Besuch im Schwannensaal aus allen zugehörigen Orten zusammen. Erreutlich war das lebhafteste Interesse der Jugendgruppen von Bruchsal und Unteröwisheim. Angeführt durch den frischen Geist, der in diesen Tagen allgem. durch die Reihen der sozialistischen Bewegung zieht, langten sie die proletarischen Lieber. Wenn die älteren Genossen ebenso ihre Pflicht tun, dann macht der Kampf der Freiheit Freude. Genosse Pflaumer-Unteröwisheim eröffnete die Versammlung um halb 4 Uhr und der Referent, Genosse Stadtrat Falber-Bruchsal, entließ sich seiner Aufgabe in vorzüglicher Weise. Das zeigte sich auch in der Aussprache, die durchweg die Darlegungen des Referenten unterstützte oder ergänzte. Der Gesamteindruck war ein ausserordentlich guter. Die Konferenz verlief in schönster Harmonie und endete um 5.30 Uhr. Freiheit!

Die Gruppenkonferenz in Huttenheim

war von einem äußerst guten Geiste getragen. Genosse R. Koch aus Karlsruhe hatte das instruktive Referat, um den Genossen die neuerschaffenen Kampfmethoden zu erklären. Er zeigte dies an Hand der im heftigen Wahlkampf angewandten Kampfmethoden, die die Massen mit Eifer in Aktion treten ließen. Auch wie in allen bisher geführten Wahlkämpfen müssen wir die Massen aktivieren. Unser Kampfesgruß „Freiheit“ muß die Massen begeistern. Das Zeichen „Drei Pfeile“ muß von allen Genossen und Genossen und den Mitgliedern der Eisernen Front sichtbar getragen werden. Die Nazis, die bisher die Straße mit ihrem römischen Faschismus durch die Straße beherrschten und so dem feigen Bürger eine nie gebaute Macht vorzuaufeln, müssen lernen, daß wir uns stellen und sie an uns einen Widerpart haben. Die Aktivität muß auch in den Vorberatern einziehen. Noch nie hatten wir eine durchgeführtere Wahlparole, wie in diesem Wahlkampf. Die Hitler-Kotterordnung nimmt den Verarmten der Armen das letzte Stücklein Brot, sie belästigt die Kleinrentner mit neuen Steuern. Sie schneidet die Kriegsteilnehmer, Witwen und Waisen ganz gemalt. Des Vaterlandes „Dank“ ist auch gewiß. So brüllten die Protestanten während des Weltkrieges, wo die Besten unseres Volkes sich verbluten mußten. Doch die Papenregierung, die die Befehle Hitlers ausführen muß, „dankt“ den Kriegsoffizieren in schöner Weise ihr Heldentum. Während man ihnen anstatt des Vaterlandes Dank und Lob abstattet und ihnen die Renten beschneidet und kürzt, hat man für die sozialistischen Bürgerkriegskämpfer Millionen übrig, um sie in eine neue Uniform mit Kürassierfedern zu stecken. Wir fürchten diese Bürgerkriegskämpfer nicht. In der Kraft der Eisernen Front, der Millionen Arbeiter, die heute noch in Partei, Gewerkschaften und Sportorganisationen vereinigt sind, muß ihre Axtschmelze, wenn sie wirklich den Mut hätten anzusetzen, zerbrechen.

Die Konferenzteilnehmer aus den Orten des Amtsbezirks Pfälzsbürg gingen sofort zur praktischen Arbeit über. Sie wählten ein Agitationskomitee, das die Vorbereitungen zu den Propaganda-märchen und der gesamten auszuführenden Aktion zu treffen hat. Bereits am Sonntag, den 17. Juli, treten die Arbeitsgruppen in Aktion. Wenn auf der ganzen Linie unsere Genossen mit dem Geist und Eifer an die Sache herangehen, wie im Unterbezirk Pfälzsbürg, darf man die künftigen Hoffnungen auf den Schicksalstag des deutschen Volkes, den 31. Juli, den Wahltag, setzen.

Die Sturmtruppen herunter, ans Meer! dem Faschismus eine Niederlage. Vorwärts mit dem Sturm! Freiheit wurde die Konferenz geschlossen.

Genossen und Genossinnen, schafft Pulver zum Wahlkampf! Kauft Freiheitsopfermarken

Zeichnet auf die in Umlauf befindlichen Sammelkarten! Wer hierzu keine Gelegenheit hat, überweise sein Kampfesgruß auf Postkonto 29081 Postfachamt Karlsruhe (Sozialdemokratisches Parteisekretariat).

Die Gruppenkonferenz in Langensteinbach

wies einen außerordentlich guten Besuch auf, was für das Abfall eine erfreuliche Tatsache ist, die gewiss als ein guter Aufschwung für kommenden Reichstagswahl zu bezeichnen ist. Mit fernigen Worten begrüßte Gen. Kühle als Vorsitzender die Anwesenden und erteilte dem Referenten, Kandidatenkandidat Gen. Weitz aus Karlsruhe, das Wort.

Der Referent Gen. Weitz führte dabei etwa folgendes aus: Die schlimmen Tage, die wir jetzt durchleben müssen, bedeuten eine Schicksalswende für das deutsche Proletariat. Die Hauptursache unseres jetzigen Elends liegt im verlorenen Krieg. Das beschleunigte Tempo der ökonomischen Entwicklung in der Nachkriegszeit brachte das kapitalistische System ins Wanken. Diese Entwicklung brachte es aber mit sich, daß viele Kreise des Bürgertums aus ihrer Stellung geworden wurden und zum Proletariat absteigerten. Diese Volksschichten waren der ärmlichen Nährboden für den Nationalsozialismus mit seinen demagogischen Hebereken. Jeder ehrlich denkende Mensch wird bekräftigen, daß die Positionen im Lichte einfach unüberwindlich sind. Ihre Kräfte, an allem Elend sei der Marxismus schuld, werden nur von einer aktiven unternehmerten Führerschaft gesalut. Das der Nationalsozialismus eine beachtliche, verurteilbare und unheilvolle Bewegung ist, hat sich schon General Ludendorff, der doch gewiß kein Sozialdemokrat ist, bestätigt. So behaupten auch die Nazisten, daß sie alle Verträge zerbrechen würden, wenn sie die Macht in den Händen hätten. Wenn man diese hüligen Agitationsreden verleiht mit Wolfs Reden vor Beratern der Auslandspresse, dann ist schon der Nationalsozialismus aufgedeckt. Eine weitere noble Nazieigenheit ist das Schimpfen auf die jeweilige Regierung. Wertwörterweise haben die Nazis dieses Schimpfen gelernt, seitdem die Regierung Papen-Schleier am Ruder ist. Angehört muß diese Regierung ganz nach nationalsozialistischem Geschmack sein. Wie legal der Nationalsozialismus ist, das lehren die Vorberatern Dokumente, das lehren auch die Fritsch-Propaganda von der Nacht der langen Messer. Das Interessanteste am Naziprogramm ist die Tatsache, daß die einzelnen Punkte aus den Programmen anderer Parteien zusammengeflohen sind. Als in früheren Jahren die Nazisten ihr Programm aufstellten, hätten sie den arabischen Satz dazu: Das Programm ist unabänderlich, trotzdem aber hat Hitler dieses Programm am 13. April 1928 geändert. Zu dem Punkt Sozialversicherung bekennen sich die Nazisten, die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, grundsätzlich als Gegner. Bemerkenswert ist auch die Tatsache, daß die Sozialdemokratie im Reichstag den Antrag stellte, am Tarifrecht der Arbeiterschaft muß unter allen Umständen festgehalten werden, die Abgeordneten der SPD, Hauptartig der Sozialdemokratie. Auch der Anspruch des großdeutschen Geistes: „Unser Sozialismus ist nur Mittel zum Zweck“ verdient festgehalten zu werden. Wenn wir nun am 31. Juli zur Wahlurne treten, müssen wir uns dessen bewußt sein, daß bei einem für uns unangünstigen Ausgang der Wahl diese Wahl nicht die letzte gewesen sein dürfte.

Auf einen Vorstoß aus der Mitte der Versammlung wurde auf eine Diskussion verzichtet und nur interne Fragen besprochen. In seinem Schlusswort hob der Referent noch einmal die hohen Ziele unserer Partei hervor und appellierte noch einmal an den verzinsten Kampfgeist der Sozialdemokratie. Der Vorsitzende dankte dem Referenten für seine wirklich lehrreichen Ausführungen mit dem Rufe „Brüder zur Sonne, zur Freiheit“ wurde die Versammlung geschlossen.

Die Gruppenkonferenz in Reinstadt

Anwesend waren: 1 Bürgermeister, 13 Gemeinderäte, 25 Gemeindevorstande und 21 sonstige Teilnehmer. Die Konferenz hatte also guten Besuch aufzuweisen. Genosse Heller (Karlsruhe) hielt ein vorzügliches Referat über das Thema „Reichstagswahl — der Kampf gegen die Kapitalisten- und Monarchisten“, das von den Anwesenden sehr beifällig aufgenommen wurde. Der Referent schloß eingehend die Gründe, welche zur heutigen Weltwirtschaftskrise führten. Insbesondere widerlegte er in ausführlicher Weise die bekannte Kasiliage, daß die sogenannten „Novemberverbrecher“ schuld an der gegenwärtigen mitleidigen Wirtschaftslage Deutschlands seien. Ferner bestellte die Massenbewegung Arbeiterschaft in den nächsten Wochen die dringende Pflicht, mit allen Mitteln in den nächsten Kampf gegen die Kapitalistenbewegung einzutreten. Außerdem wurden noch die Bildung der Eisernen Front und deren Aufgaben zur Reichstagswahl — Papenregierung und die neue Kotterordnung — Rentenzug — und dann noch eingehend die Sozialversicherungsmaßnahmen und die SPD behandelt.

An das Referat anschließend folgte eine außerordentlich rege Aussprache, bei der manche gute und praktische Vorschläge zur Bekämpfung unserer Gegner gemacht wurden. Beteiligt waren daran die Genossen Käfer (Verhagen), H. Forst (Reinstadt), A. Beech (Söllingen), Dehm (Söllingen), Rip (Söllingen), W. Balthasar (Reinstadt), Posner (Söllingen), Bürgermeister Wenz (Söllingen), Kirchbaum (Verhagen) und Mühsamer (Verhagen). Sehr wertvoll war hierbei die Aussprache der Vorberatern in den einzelnen Gemeinden und die profunden Wünsche für die Zukunft in der Bekämpfung unserer Gegner. Weiterhin wurde die Spitzelhaftigkeit der Nazis besprochen und geschilbert, daß die sogenannten SA-Leute unsere Genossen auf ihren Dienstfahrten auf offener Landstraße belästigen und anpöbeln. Es darf dies nicht weitergehen und es muß von der zuständigen Behörde unbedingt verlangt werden, daß hier mit allem Nachdruck Ordnung geschaffen wird.

Zum Schluß wurden noch die Organisationsfragen des Bezirks besprochen und eine diesbezügliche Abmachung getroffen. Nach dem Schlusswort von Gen. Heller konnte gegen 1 Uhr die interessante Tagung geschlossen werden.

Die Gruppenkonferenz in Wolfartsweiler

von der Gruppe Grünmetersbach veranstaltet, wurde von dem Genossen Eiermann geleitet. Er erklärte zunächst zu dem Thema „Der Kampf zur Reichstagswahl“ dem Referenten Bürgermeister a. D. Gen. Kiezer aus Durlach das Wort. Die anwesenden Genossen folgten mit Aufmerksamkeit der Rede des Referenten und erhielten dabei wertvolles Material mit auf den Weg über die Propaganda, was heute von Wichtigkeit ist. An der Diskussion beteiligten sich mehrere Genossen, welche noch manche praktische Wünsche und Vorschläge gaben. Unter anderem machte Gen. A. A. B. die Vorschlag, solche Konferenzen öfters abzuhalten, um bei der Verhinderung schlechter Lage für mehr wirtschaftliche Fragen auszusprechen. Die nächste Konferenz findet in Durlach-Aue im Wolfartsweiler statt. Mit dem Gruß Freiheit schloß Genosse Eiermann die Konferenz.

Die Gruppenkonferenz in Gaggenau

seht eine Kampfstimmung, die an den Geist der 80er Jahre erinnert. Es herrscht wieder in unseren Zeiten jener Geist und jene Kampfesstimmung, die das Sozialistengesetz im Fall brachten, der Geist, dem sich selbst Hitler beugen mußte, und wir werden unseren Parteigenossen im Lande in nichts nachgeben. Dies zeigte am Sonntag die Bezirksmitarbeiterversammlung in Gaggenau. Solch eine Versammlung hatten wir schon jahrelang nicht mehr. Der Kreuzaal und das Nebensimmer waren dicht besetzt, und auf der Treppe stauten sich die Zuhörer. Schon nach wenigen Worten hatte unter Landesvorsitzender Gen. Reinhold (Mannheim) unter den Anwesenden die Kampfstimmung erzeugt, die sich in diesem die entscheidenden Wahlkampfes unbedingt erforderlich ist. In kurzen, prägnanten Sätzen wurde gesagt, was jeder für sich kommende schwere Arbeit wissen mußte. Das Referat wurde mit starkem Beifall aufgenommen. Die folgende Aussprache brachte Freude über den neuen Eifer und die Kampfesfreudigkeit in der Parteiführung zum Ausdruck. Die Disziplin des Parteimitgliedes werden alles daran setzen, daß bis in das kleinste Detail die Propaganda und Agitation getragen wird. Am Schlußwort sprach Gen. Reinhold ausführlich auf die Wichtigkeit der einzelnen Redner ein. Mit einem dreifachen „Freiheit“ und dem begeisterten Gesang „Brüder zur Sonne, zur Freiheit“ endete die eindrucksvolle verlaufene Versammlung.

Die Gruppenkonferenz in Kappelrodt

hatte einen guten Besuch aufzuweisen. Nach kurzer Begrüßung durch den Ortsvereinsvorsitzenden, Genossen Roedel, hielt Gen. Schmelzberger (Baden-Baden) ein sehr instruktives Referat, in welchem er all die Gefährlichkeit und Gefahren hervorhob, die durch den Wahlkampf für unsere Partei entstehen werden. Auch über die technische Seite des Wahlkampfes gab der Redner erläuternde Darstellungen. Eine Diskussion nach den erlöbenden Darlegungen des Referenten forderte die Ortsvereine auf, alles daran zu setzen, das am Wahltag abend der Bezirk Wühl einen Sieg melden können. Situation für die Partei sei günstig, alle Chancen für einen Erfolg seien gegeben, wenn verstanden wird, wie auszunutzen. Klagen über die kommenden Wochen zur Aufklärung heran, Genossen, die Wahlarbeit! Keiner sehe zurück im Kampf um unsere Freiheit!

Die Gruppenkonferenz in Appenweier

hatte einen guten Besuch seitens der einzelnen Ortsvereine aufzuweisen. Als Referent wirkte Gen. M. Schneider, Baden-Baden, wobei er in 1 1/2 stündigem Vortrag zeigte, wie der Wahlkampf zu betämpfen ist. Es war eine Freude, zu sehen, wie welchem Opfermut und Begeisterung alle Vertreter versicherten, die Worte des Gen. Schneider unter allen Umständen in die Tat umzusetzen. Mit den Worten „Freiheit“ betonte alle, was es kommen, wie es will, es wird und muß so lange gekämpft werden, bis unter dem Kampf der Freiheit wird. Nach dem Referat wurden von Gen. Ernst Käbberle und Pflaumer wichtige Fragen gestellt, worauf Gen. Schneider das Schlusswort hielt. Mögen diese begeisterten Stunden ein gutes Echo finden in der Wahlarbeit am 31. Juli. Nach vierstündiger reicher Tätigkeit konnte Gen. Fischer mit einem kräftigen „Freiheit“ Konferenz schließen.

Die Gruppenkonferenz in Gengenbach

war mit etwa 40 Vertretern besetzt. Genosse Schäfer Gengenbach sprach als Versammlungsleiter einige einleitende Worte zur Bedeutung der Konferenz angesichts der kommenden schweren Entscheidungen. Genosse Schulz Läubin aus Offenburg begrüßte dann das Referat. Zuerst gab er einen Überblick über die bisherige Politik der Partei und beleuchtete in trefflicher Weise die Politik der letzten Papenregierung. Der zweite Teil seines Referats befaßte sich mit der Methodik des Wahlkampfes, des neuen Kampfes, der bis in die einzelnen Orte getragen werden soll. Die Diskussion war sehr lebhaft. Die Vertreter der einzelnen Ortsvereine sprachen zu ihren örtlichen Verhältnissen und über die Art, wie am wirkungsvollsten der Wahlkampf zu führen ist.

Soziale Rundschau

Weitere Auswirkung der Papenerordnung

Änderung der Reichsversorgung

33. Durch die Verordnung des Reichspräsidenten über Maßnahmen zur Arbeitslosenhilfe und Sozialversicherung sowie zur Erleichterung der Wohlfahrtsarbeiten der Gemeinden vom 14. Juni 1932 ist in Kapitel 3 des ersten Teiles auch eine Änderung des Reichsversorgungsgesetzes vorgenommen worden. Sie erstreckt sich im wesentlichen auf zwei Punkte und tritt am 1. August 1932 ein. Während die Besüge der Kriegsbefähigten, die durch die Notverordnung vom 5. Juni 1931 eine Rente von 30 oder 40 Prozent besogen haben, infolgedessen gestrichelt wurden, als die Kinderzulage für das erste Kind in Wegfall kommt, hat die neue Verordnung nunmehr auch den kinderlosen Befähigten mit einer Rente von 30 oder 40 Prozent die Besüge um 20 Prozent gestrichelt. Es ist damit eine Gleichstellung der kinderlosen Rentenempfänger mit denjenigen Befähigten, die Kinder haben, erfolgt. Für die Folge werden also die bisher zuständigen Kinderzulagen in vollem Umfang wieder gewährt werden. Dagegen für Rentenempfänger, die eine 30- oder 40-prozentige Rente beziehen, ihre Grundrente und gegebenenfalls Anwartschaftszulage um 20 Prozent gleichmäßig gestrichelt. Für Kriegsbefähigte, die Kinder haben, bedeutet also die Änderung durch die Verordnung keine geldliche Einbuße. Durch eine weitere Änderung der §§ 30 und 41 des Reichsversorgungsgesetzes ist bestimmt worden, daß auf Kinderzulagen und Pensionen nur noch bis zur Wollendung des 15. statt bisher des 18. Lebensjahres ein Rechtsanspruch besteht. Damit ist Gleichstellung mit der Sozialversicherung erfolgt. Besonders darauf hingewiesen wird jedoch, daß auch über das 15. Lebensjahr hinaus, soweit Beruf, oder Schulausbildung und Bedürftigkeit zur Weiterzahlung während dieser Ausbildung noch besteht, bis zum 18. Lebensjahr bei Kriegsbefähigten und bis zum 21. Lebensjahr bei Schwerkranken die Kinderzulage und Pensionen weitergezahlt werden kann. Die Zahlung der Kinderzulage und Pensionen für Kinder, die das 15. Lebensjahr bis zum 31. März 1932 vollendet haben, werden zunächst eingestellt und Anträge auf Weiterzahlung bei den Versorgungsbehörden entgegengenommen. Bemerkenswert ist noch, daß über das 15. Lebensjahr hinaus ein Anspruch auf Kinderzulage oder Pensionen nicht mehr besteht, und zwar auch dann nicht, wenn es sich um Kinder handelt, denen die Rente wegen Körperlicher oder geistiger Gebrechen weitergezahlt wird.

Die Nichtanrechenbarkeit der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung

Der Reichsarbeitsminister hat dem Erlaß der Gewerkschaften, die Nichtanrechenbarkeit der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung auf die öffentliche Arbeitslosenunterstützung auszusprechen, in einem Erlaß vom 29. Juni grundsätzlich stattgegeben. Im Anschluß daran ist nun die Frage aufgetaucht, ob die Gemeinden, denen die Hilfsbedürftigkeitsprüfung übertragen ist, an den Erlaß des Reichsarbeitsministers gebunden sind oder nicht. Diese Frage wird von den Gewerkschaften folgendermaßen beantwortet:

Die Hilfsbedürftigkeitsprüfung ist in allen Fällen nach den Grundrissen des Erlasses über die Kriterien für Arbeitslose vom 17. Juni 1932 durchzuführen. Dieser Erlaß ist ein Erlaß des Reichsarbeitsministers, der durch den neuen Erlaß vom 29. Juni erläutert wird.

Die Formel „Ich habe keine Bedenken, daß...“ wird bei derartigen Erläuterungsaussagen häufig gemißbilligt. Vom Reichsarbeitsministerium haben die Gewerkschaften darüber hinaus die Zusicherung erhalten, daß die Vorsitzenden der Arbeitsämter entsprechend instruiert werden sollen. Die Gemeinden schließlich sind die Hilfsbedürftigkeitsprüfung als Auftragsangelegenheit durchzuführen und haben sich dabei gleichfalls an die Auslegungsgrundsätze des Reichsarbeitsministers zu halten.

Die neuen Unterstützungssätze für Kurzarbeiter

welche gemäß der Notverordnung der Regierung Papen jetzt (zum ersten Male für die Woche vom 4. bis 9. Juli in Kraft treten) folgende sind:

Beim Ausfall von drei Arbeitstagen beträgt die wöchentliche Unterstützung in der Lohnklasse I für Kurzarbeiter ohne zuschlagsberechtigten Angehörigen 0,90 M., mit einem zuschlagsberechtigten Angehörigen 1,10 M., mit zwei 1,30 M., mit drei 1,50 M. und mit vier oder mehr zuschlagsberechtigten Angehörigen 1,70 M. In der Lohnklasse II betragen die entsprechenden Unterstützungssätze: I: 1,20 M.; 1,60 M.; 1,80 M.; 2,20 M.; 2,50 M.; in den Lohnklassen IV, V und VI: 1,50 M.; 2,30 M.; 3,00 M.; 3,70 M.; 4,50 M.; in VII und VIII: 2,00 M.; 2,80 M.; 3,50 M.; 4,50 M.; 5,00 M.; in IX, X und XI: 2,50 M.; 3,30 M.; 4,10 M.; 5,00 M.; 6,00 M.

Beim Ausfall von vier Arbeitstagen beträgt die wöchentliche Unterstützung in der Lohnklasse I in der gleichen Reihenfolge der Wollung: 2,00 M.; 2,30 M.; 2,60 M.; 3,00 M.; 3,40 M.; in II: 2,40 M.; 2,80 M.; 3,20 M.; 3,60 M.; 4,00 M.; in III: 2,70 M.; 3,40 M.; 4,00 M.; 4,80 M. und 5,40 M.; in IV, V und VI: 3,00 M.; 3,60 M.; 4,20 M.; 5,00 M.; 5,80 M.; in VII und VIII: 4,00 M.; 4,80 M.; 5,60 M.; 6,40 M.; 7,20 M.; in IX, X und XI: 5,00 M.; 6,00 M.; 7,00 M.; 8,00 M.; 9,00 M.; 10,00 M. und 11,00 M.

Beim Ausfall von fünf Arbeitstagen in Lohnklasse I: 3,00 M.; 3,40 M.; 4,00 M.; 4,50 M.; 5,10 M.; in II: 3,60 M.; 4,20 M.; 4,80 M.; 5,40 M.; 6,00 M.; in III: 4,10 M.; 4,70 M.; 5,30 M.; 6,00 M.; 6,70 M.; in IV, V und VI: 5,00 M.; 5,70 M.; 6,40 M.; 7,10 M.; 7,80 M.; in VII und VIII: 6,00 M.; 6,80 M.; 7,60 M.; 8,40 M.; 9,20 M.; in IX, X und XI: 7,00 M.; 7,80 M.; 8,60 M.; 9,40 M.; 10,20 M. und 11,00 M.

Die neuen Sätze bringen zum Teil eine recht erhebliche Kürzung, im Durchschnitt eine solche von 20 Prozent, in besonderen Fällen bis zu 40 Prozent. Die Höhe der Unterstützungssätze wurde geändert; das materielle Recht der Kurzarbeiterunterstützung ist unberührt geblieben. Insbesondere ist beim Kurzarbeiter eine Prüfung der Hilfsbedürftigkeit nicht erforderlich.

Kleine bad. Chronik

Blutiges Familiendrama

Mannheim, 7. Juli. Heute vormittag ereignete sich in der Wirtschaft Johann Schnedenburger in der Augazierstraße ein blutiges Familiendrama. Der Besitzer Hans Schmidt hat nach einem vorausgegangenen Streit seiner Schwiegermutter, Frau Schnedenburger und seiner Ehefrau mit einem schweren vieredrigen Holzhammer lebensgefährliche Schläge auf den Kopf beibringt. Außerdem wollte er seine Ehefrau mit einem Strick erhängen, was aber durch das rasche Eingreifen der Polizei verhindert werden konnte. Der Täter wurde sofort in Haft genommen und die beiden Frauen ins Allgemeine Krankenhaus verbracht, wo sie einer Operation unterzogen wurden. Ob sie mit dem Leben davonkommen, scheint bei der Schwere der Verletzungen fraglich.

Beim Rangieren totgesehen

Weiß a. Rh., 7. Juli. Auf dem Bahnhof Weiß wurde der 30 Jahre alte Bahnarbeiter Dürmeier von Haltingen von einer Rangierabteilung erfasst, überfahren und auf der Stelle getötet. Das Unglück war zunächst nicht bemerkt worden. Später fand man die gräßlich verstümmelten Leiche.

Je mehr Nazis IM REICHSTAG desto mehr Barone IN DER REGIERUNG

Von einem Baumstamm erschlagen

***Ettlingen, 8. Juli.** Gestern nachmittag ereignete sich in Metzgerstraße ein schrecklicher Unglücksfall. Ein Einwohner aus Rörich, Vater mehrerer Kinder, beschäftigte sich mit Rangholzarbeiten. Als er einen rollenden Baumstamm aufhalten wollte, wurde er von diesem regelrecht überfahren und sofort getötet.

*Fegelsburg, 7. Juli. Schwerer Unfall verübt.

Trambewirt J. Vogel VIII ist in Apenweier mit knapper Not einem schweren Unfall entronnen. Sein Pferd scheute vor einem Motorrad und ging durch. Vogel, der auf dem Wagen saß, konnte das Pferd nicht mehr in seine Gewalt bekommen und dieses durchbrach die Schranke. Dem diensttunenden Schrankenwärter Bösch gelang es, den nur noch 40 Meter entfernten Passier Schnellweg 1603 auf ca. 1 1/2 Meter von dem Fußweg zum Stehen zu bringen. Er verübte damit ein unabsehbares Unglück.

***Dittmann, 7. Juli. Beim Baden ertrunken.** Beim Baden ertrank am Dienstagabend der 24jährige Schloffer Karl Kraff. Der junge Bursche verlor oberhalb des Sägewerkstamms plötzlich die Sinne. Seine mitbewegenden Kameraden nahmen sofort die Suche auf und es gelang dem amtierenden gleichaltrigen Karl Schnabel auch, den Gesunkenen zu finden. Der rasch herbeigerufene Arzt konnte nur noch den Tod feststellen, der durch einen Herzschlag eingetreten war. Der Ertrunkene hatte nach langer Arbeitslosigkeit am Morgen des Unglücksabends erstmals wieder Besserschäftigung bei den Daimler-Benzwerken gefunden.

***Bruchsal, 7. Juli. Nach ein Rekord.** Das hiesige Amtsgericht verurteilt vorgestern einen gewissen Robert Frensch über aus Delle wegen Betrugs und Landfriederei zu einer Haftstrafe von vier Wochen unter Anrechnung der Untergrundhaft. Die Angeklagte hatte das staatliche Strafregister von 141 Verurteilungen des gleichen Delikts aufzuweisen.

***Waldmühl (bei Bühl), 7. Juli. Schwerer Verkehrsunfall.** Bädermeister Josef Huber verunglückte heute vormittag mit dem Fahrrad. Huber wollte auf der Trompeterstraße über die Hauptstraße fahren. Dabei wurde er von einem Personenkraftwagen von der Seite auf das Hinterrad getroffen. Die Sanitätskolonne verbrachte den Schwerverletzten nach seiner Wohnung. Der Arzt stellte eine Gehirnerschütterung, Schädelbruch und Verstauchung des rechten Schultergelenkes fest. Den Wagenlenker soll eine Schuld nicht treffen.

***Kastatt, 7. Juli. Ein guter Gang der Kastatter Fahndungspolizei.** Bei der heute morgen durch Beamte der Fahndungspolizei vorgenommenen Gasthauskontrolle wurde in einer Wirtschaft ein junger Mann festgenommen, der vor kurzem in Köln einen Raub verübt hat. Der Verdächtige war dort in einem Laden ein- geschraubt, hatte die Ladenbestände mit einem Eisenstiel nieder- gestreckt, die Kasse geraubt und war dann flüchtig entkommen. Der gefasste Räuber wurde in das hiesige Gefängnis eingeliefert.

***Sandweiler (Kastatt), 7. Juli. Schwerer Autounfall.** Auf der Kastatter Landstraße geriet gestern nachmittag das Auto eines Herrn Dr. Lange aus Bitterfeld, der sich mit seiner Frau auf einer Ferienreise befand, aus bisher unaufgeklärter Ursache ins Schleudern und fuhr mit voller Wucht gegen einen Baum. Der Besitzer erlitt schwere Arm- und Beinverletzungen, während die Frau mit leichten Hautabrisuren und Quetschungen davonkam. Der Wagen wurde vollständig zerstört.

***Heidelberg, 6. Juli. Im Stadtteil Rohrbach fiel an einer steilen Straßenkehle die Sägemaschine des Holzjägers Zimmermann von Rittheim um und begrub den die Maschine begleitenden Stiefsohn des Zimmermann unter sich. Er erlitt so schwere Verletzungen, daß er kurz nach seiner Einlieferung in das Akademische Krankenhaus nach Heidelberg verstarb.**

***Philippsthal, 6. Juli. Paddelbootunglück auf dem Rhein.** In der Nähe der Rheinbrücke Rheinhausen-Speier geriet das Paddelboot dreier aus Köln stammender Sportler in den starken Wellenschlag eines Dampfers und kenterte. Die ins Wasser gestürzten Anglifer konnten sich glücklicherweise durch Schwimmen solange über Wasser halten, bis zwei Fährlente mit Rähnen zu Hilfe eilten und sie retteten. Dies ist seit kurzer Zeit das dritte Paddelbootunglück, das sich hier ereignete.

Aus dem Gerichtssaal

Schwurgericht Karlsruhe

Wegen Meineids 1 1/2 Jahre Zuchthaus

Im Karlsruhe, 7. Juli. Den letzten Fall der Tagungsperiode des Karlsruher Schwurgerichts unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Böhringer bildete der heute verhandelte Meineidsprozeß gegen den 33jährigen verheirateten Kaufmann David Israel Goldberg aus Sosnowice, wohnhaft in Forstheim, der sich seit 15. März in Untersuchungshaft befindet. Der Angeklagte, der in Forstheim Wäscheverzierungen betrieb, wird beschuldigt, am 13. Juli bei Leistung des Offen-

barungseides vor dem Amtsgericht Forstheim ein von ihm vorgelegtes Vermögensverzeichnis als nach besten Wissen ausgefüllt beschworen zu haben, in welchem absichtlich eine Forderung von 1333 RM., die ihm aus Wäscheleistungen ausstand, nicht angeführt war. Der Angeklagte machte geltend, er habe die Forderung in dem Vermögensverzeichnis nicht angegeben, weil er sie an seinen Bruder abgetreten habe.

Nach längerer Beratung verurteilte der Vorsitzende folgenden Urteil: Der Angeklagte wird wegen Meineids zu einer Zuchthausstrafe von einem Jahre sechs Monaten verurteilt. Auf die erkannte Strafe werden drei Monate Untersuchungs- haft angerechnet. Dem Angeklagten werden die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren aberkannt. Außerdem wird auf dauernde Unfähigkeit erkannt, als Zeuge oder Sachverständiger eidlich vernommen zu werden. Der Angeklagte will gegen das Urteil Revision einlegen.

Aus der Stadt Durlach

Eiserne Front

Mitglieder, erscheint heute abend halb 9 Uhr im „Lamm“. — Einzelnunnslisten liegen auf.

Aus der Stadtratssitzung vom 6. Juli 1932.

Der Stadtrat nimmt Kenntnis davon, daß einige Allee- bäume an der Weiberstraße von der sogenannten Unkrautfreiheit befallen sind und deshalb entfernt werden müssen. — Einige Bäume des alten Friedhofs sollen auf Beschwerde der Angrenzenden an der Keiserstraße entfernt werden. — Die Auswechslung der Gasleitung in der Baslerstraße, die bereits vom Bürgerausschuß im Jahre 1930 genehmigt worden ist, jedoch damals infolge des hohen Grundwasserstandes nicht ausgeführt werden konnte, wird nunmehr begonnen werden. — Das Gesuch eines hiesigen Mechanikers um Errichtung einer zweiten Zapfstelle vor seinem Anwesen kann nicht genehmigt werden. — Der Grund- und Hausbesitzerverein hat schon vor mehreren Wochen bei den zuständigen staatlichen Behörden Antrag auf Erhebung der Fahrgeheimlichkeit für Kraftfahrzeuge in den Durchgangstraßen von Durlach gestellt; der Stadtrat unterstützt dieses Gesuch, da in der Tat ver- schiedene Häuser schon durch den Kraftwagenverkehr Schaden erlitten haben. — Für das städt. Anwesen Friedenstraße 8 hat sich ein Kaufherr gemeldet; der Kaufpreis für dieses Anwesen wird festgesetzt. — Zwei frei gewordene städt. Woh- nungen werden vergeben. — Der Plattenbelag in der Milch- zentrale soll erneuert und gleichzeitig das bisher schwierige Aus- und Einladen der Milchkannen durch Erstellung einer Rampe vor der Milchzentrale beseitigt werden. — Die Be- schwerde eines Fürsorgeempfängers gegen einen ablehnenden Bescheid des Fürsorgeausschusses wird abschlägig verbeschie- den. — Der Kleingartenverein hat Antrag auf Abschluß eines Generalpachtvertrages für die Kleingärten im Gewann „Ma- terienhäuschenwiesen“ und „Brühlwiesen“ gestellt. Auf Ver- such der zuständigen Kommission hält der Stadtrat den Abschluß dieses Generalpachtvertrages nicht für erforderlich; dagegen soll der Kleingarten in den genannten Gewannen zunächst auf die Dauer von 12 Jahren verpachtet werden mit der Auflage, daß die jetzigen Pächter nach Ablauf der Pacht- zeit bei Einhaltung der allgemeinen Bedingungen das Ver- pachtungsrecht haben. Die Auflösung des Pachtverhältnisses in- nerhalb dieser Pachtzeit behält sich die Stadt vor, wenn ein Teil des Geländes zu öffentlichen Zwecken, z. B. Straßen- bauten, benötigt wird. — Für die am Samstag stattfindende Hauptversammlung des badischen Städteverbandes werden die Vertreter bestimmt. — Auf Antrag der hiesigen Kran- kenkassen werden die Wirtgebühren und die übrigen Re- dengebühren wie Höhenzonne, Diathermie, Massage, Bä- der usw. etwas ermäßigt. — Für die am 31. ds. Mts. statt- findende Reichstagswahl werden die bisherigen Stimmbezirks- einteilung und Abstimmungsräume beibehalten und die Ab- stimmungsvorsteher sowie deren Stellvertreter bestellt. Die Bekanntgabe der Offenlegung der Kartei und die Ein- ladung zu der Wahl erfolgt wie letzmal durch Pla- katanschlag und durch Einrüden im Durlacher Tageblatt. Es wird weiterhin erneut das Ankleben und sonstige Vorfestigen von Wahlplakaten an und in städt. Gebäuden oder sonstigen städt. Eigentümern unterlagt. — Der Wehrschuß soll künftig aus verschiedenen Gründen nicht mehr Vereinen zu Spiel- zwecken zur Verfügung gestellt werden. — Die Zahl der Ar- beitslosen beträgt 2036. — Künftig wird in all denjenigen Fällen, in welchen städt. Mieter länger als einen Monat den Mietzins rückständig sind, das Vertriebs- bzw. Zwangs- räumungsverfahren durchgeführt.

Neues Schlachthaus?

Die hiesige Mehrgerinnung hat offenbar auf das neu er- baute Stadtschlachthaus hoffend, bei der Stadtratswahl die Erbauung eines neuen Schlachthaus beantragt. Angesichts der städtischen Finanzlage und angesichts der Tatsache, daß nur sehr ungenügende finanzielle Mittel seitens der Junung in Aussicht gestellt werden kann, muß die Sache zurückgestellt werden, so zweckmäßig und notwendig die Ausführung dieses Gedankens an und für sich auch ist.

Es darf in diesem Zusammenhang daran erinnert werden, daß die Schlachthausfrage schon vor 20 Jahren im damaligen Gemeinderat sehr ernsthaft erörtert, ja gewissermaßen die Platzfrage gelöst wurde. Im Anschluß an die Verlegung des Bahnhofes und dem Umbau der Bahnhöfe wurde der Platz zwischen Bahnhofs-, Finanzstraße und neuer Finanzstraße- überführung, hinter dem Anwesen Karr, als Platz für das neue Schlachthaus bestimmt. Die bürgerliche Mehrheit des Gemeinderats stellte auch damals die Sache aus finanziellen Gründen und weil die endgültige Platzverlegung abgewartet werden sollte, zurück. Inzwischen kam der Krieg und das

Schöne weiße Zähne

Schon nach einmaligem Putzen mit der herrlich erfrischend schmeckenden „Marodont- Zahnpasta“, stellt uns ein Künstler. Tube 50 Pf., u. 80 Pf. Versuch überzeu-

ganz Projekt geriet in Vergessenheit. Auch damals wurde die Eingemeindungfrage als Gegengrund ausgespielt, um die Angst des Bürgertums vor großen Ausgaben zu maskieren.

Naturtheater Verhöhnern. Am Sonntag, den 10. Juli, findet die Festaufführung des lustigen Schwanks „Liedes Ehemänner“ statt. Der Schwank hat durch seine schmissige Art, besonders aber durch seine unheimlichen Verwicklungen überall außerordentlich großen Beifallserfolg gebracht. Er wird auch hier auf dem Verhöhnern seine Anziehungskraft nicht verfehlen, und dem Karlsruher und Durlacher Publikum einige frohe, vergnügte Stunden bereiten. Auf die Besetzung werden wir noch besonders hinweisen.

Partei-Nachrichten

Volkswirtschaftliche Bildungskurse

Das Parteifekretariat Mittelbaden hat in den letzten zwei Monaten eine Vortragsreihe über Fragen der Volkswirtschaftslehre veranstaltet. In der Zeit entscheidender politischer Kämpfe der Arbeiterklasse und der schwersten Wirtschaftskrisis der Geschichte sollte den Parteigenossen die Kenntnis der von Marx und Engels geschaffenen wissenschaftlichen Grundlagen des Sozialismus vermittelt werden. Mit ihrer Hilfe allein kann man die Ursachen der wirtschaftlichen Krisenereignisse und den Sinn der dadurch entspannten politischen Kämpfe erkennen. Die sozialistische Arbeiterbewegung hat sich mit Stolz darauf hinweisen können, daß sie eine gutdurchdachte wissenschaftliche Grundlage für ihre Kämpfe besitzt. Die Überwindung dieser wissenschaftlichen Grundlage bedingt sich in unseren Tagen, in denen die Worte von Marx und Engels über die Krisen und über die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft, die vor nahezu 100 Jahren niedergeschrieben wurden, wie Prophezeiungen anmuten, die sich heute Wort für Wort erfüllen.

In einer Zeit, in der die schwere Wirtschaftskrise die Menschen zum größten Teil zu Parteien treibt, deren es an einer Erkenntnis der wahren Ursachen der Krise fehlt und die anstelle klarer Erkenntnisse verwirrende Gefühle und unerfüllbare Versprechungen sehen, schien es mehr als sonst notwendig, in der sozialdemokratischen Partei den wissenschaftlichen Sozialismus zu pflegen. Er ist die stärkste Waffe im Kampfe gegen den gefährlichsten, verschwommenen Scheinsozialismus der nationalsozialistischen Partei.

Der gewaltige Stoff wurde in 6 Vortragsabenden von den Genossen Stern, Bauer, Gummerich und Haas behandelt.

Zunächst erhielt man einen Überblick über die Wirtschaftsgeschichte, über die einzelnen, aufeinanderfolgenden Wirtschaftsformen, an denen sich allmählich das kapitalistische Wirtschaftssystem entwickelt hat. Das Geschehliche dieser Entwicklung hat Karl Marx aufgezeigt. Es wurde bewiesen, daß das kapitalistische System gekennzeichnet ist durch einen einzigen Grundwiderspruch. Die durch die moderne Technik geschaffenen Mittel der Gütererzeugung (Maschinen usw.) nur von vielen Menschen gemeinsam also nur gesellschaftlich angewendet werden. Aus früheren Wirtschaftsformen hat sich aber der Zustand noch erhalten, daß nicht die gütererzeugende Gesellschaft, sondern einzelne wenige Personen oder Gruppen Eigentümer der Produktionsmittel sind. Nur die Eigentümer der Produktionsmittel aber dürfen sich die erzeugten Güter aneignen. Es besteht also ein Gegensatz zwischen der gesellschaftlichen Produktionsweise und der privaten Aneignungsweise. Dieser Grundwiderspruch zeigt sich im gesellschaftlichen Leben als Gegensatz zwischen dem Eigentümer der Produktionsmittel und denen, die sie als Lohnarbeiter benutzen, also als Klassen Gegensatz zwischen der Kapitalisten- und der Proletarierklasse.

An den späteren Abenden wurde das Gerichte der kapitalistischen Gesellschaft untersucht. Dabei ergab sich, daß der Grundwiderspruch sich in den verschiedensten Formen bemerkbar macht, daß er vor allem die Schaffung des Mehrwertes für die Kapitalistenklasse ermöglicht, die schließlich zur Ansammlung immer größerer Massen von Kapital in den Händen einer immer kleiner werdenden Anzahl führt. Dieser Grundwiderspruch stellt auch die letzte Ursache der in dem kapitalistischen System sich immer wiederholenden schweren Wirtschaftskrisen dar. Man war damit auf die beiden in der Gegenwart besonders wichtigen Probleme des Monopols, Kapitalismus und der Krisen gekommen, an deren Befreiung sich eine äußerst lebhaft Diskussion der Teilnehmer angeschlossen.

Der Abschluß des Kurses bildete ein Ausblick in die Zukunft, auf das Gelingen des politischen Kampfes der sozialdemokratischen Partei, die Überwindung des im Kapitalismus liegenden Widerspruchs durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Die Probleme der Sozialisierung, vor allem der in der Weimarer Verfassung vorgesehenen Teilsozialisierung der in erster Linie dafür selten Betriebe, wurden behandelt. Die Notwendigkeit wurde betont, alle unter dem Kapitalismus leidenden Schichten in der sozialistischen Bewegung aufzunehmen, damit sie die politische Macht erhält, um durch den Sozialismus das kapitalistische System zu überwinden, in dem inmitten eines überquellenden gesellschaftlichen Reichtums der einzelne widerstandlos weicht vor und Entwürdigung leiden muß. Wenn es auch in der kurzen Zeit der Vortragsreihe zur Klärung schwerer Zeit nicht möglich war, alle die vielen auftauchenden Fragen anzuführen, geschweige denn sie zu lösen und zu beantworten, so hat die Vortragsreihe doch den Grund gelegt zu einer eigenen Weltarbeit der Zuhörer, die erleichtert wird durch die neue billige Ausgabe des „Kapital“ von Karl Marx; und sobald die Zeit des Wahlkampfes und des wenig zur wissenschaftlichen Arbeit ladenden Sommers vorbei ist, fast auch die Vortragsreihe wieder aufgenommen und einzelne Teilgebiete, vor allem solche, die gerade gegenwärtiges Interesse haben wie z. B. Kartelle, Liebelung, Arbeitslosenfrage usw. behandelt werden.

Öffentliche Kundgebungen

Reichstagswahl

mit dem Thema:
Die Reichstagswahl — Der Kampf gegen Kapitalisten- und Monarchistenrechte

finden statt:
Freitag, den 8. Juli:
Baden-Baden: Abends 8 Uhr im „Schweizerhof“ öffentliche Anstellungsverammlung. Referent: Staatsrat Gen. Rüdert-Karlsruhe.
Bruchsal: Abends 8 Uhr in der „Rosa“ Versammlung der Mitglieder der Eisernen Front. Gen. Uhl-Karlsruhe spricht.
Bilseddingen: Abends 8.30 Uhr im Rathaus Versammlung von Mitgliedern der Partei, ferner der Gewerkschaften und sämtlicher Arbeitervereine, soweit sie politisch auf unserem Boden stehen. Referent: Reichstagsabg. Gen. W. a. r. u. m. - Karlsruhe.
Ettlingen: Abends 8 1/2 Uhr im „Stern“. Referent: Reichstagskandidat Gen. Weitz-Karlsruhe.

Samstag, den 9. Juli:
Weinarten: Abends 9 Uhr in der „Räuberhölle“ Vorführung der politischen Revue „Der rote Faden“ mit kurzem Referat über die politische Lage. Referent: Bürgermeister a. D. Gen. K. i. b. e. r. t. - Durlach.
Rehl: Abends halb 9 Uhr im „Barbarossa“. Referent: Genosse Koch-Karlsruhe.
Gengenstein: Abends 9 Uhr im „Bädischen Hof“. Referent: Reichstagsabg. Gen. K. e. m. m. e. l. e. und Gen. K. l. e. i. n. e. r.
Kleinheubach: Abends 8 1/2 Uhr im Rathausaal. Referent: Gen. Karl Müller-Karlsruhe.
Bangenbrunn: Abends 8 1/2 Uhr im „Döhlen“. Referent: Genosse W. u. l. f. - Barmersbach.
Königsbach: Abends 8 1/2 Uhr im „Grünen Baum“ Versammlung von Mitgliedern der Partei, von Genossenschaftsfreunden und von Mitgliedern der Gewerkschaften und der örtlichen Arbeitervereine,

BEI Schlagerangeboten! UNS

Sport-Bluse aus Waffellech-Trikot, mit kleinen Aermelchen und Metallknöpfen	1.95	Sport-Kleid aus Trikotette, in Pastellfarben	3.95	Sinilic-Kleid bedruckt, in schönen Mustern, bis Größe 48	8.75
Damen-Pullover kurzer Arm, hübsche Passform, ganz moderne Ausführungen	1.35	Damen-Handschuhe aus feiner künstl. Seide, gut waschbar	95	Damen-Strümpfe künstl. Wuschseide, feinstmaschig und klares Gewebe, moderne Farben	95
Damenhemd Talgarnform, solider Wuschstoff, mit Handarbeit	1.25	Bade-Anzug guter Trikot, mit gemustertem Oberteil	95	Bade-Anzug reine Wolle gestrickt, mit feinem Rückenausschnitt	2.90
Bade-Schuhe Moirégummi mit Spange	1.25	Bade-Mantel in schönen Mustern, guter Kräuselstoff	4.90	Schnür- und Spangenschuhe weißer Stoff, mit Crepp-Gummi Sohle	1.95
Herrn-Socken gedeckte Muster, haltbare Qualität	48	Herr-Sporthemden mit festem Kragen, in hübschen Farben aus gut. Crépe, in 4 Farben	2.95	Opanken der beliebte Sommerschuh, in verschiedenen Modellen	4.50
Bade-Koffer aus solidem Lederluch, in nur modernen Farben	1.95	Herr-Sporthemden mit fest. Krag., aus hochwert. Seldenglanz-Popeline, klein gemust., blau und beige	3.95	Herr-Schnürschuhe Original Goodyear-Welt, echt Box-calf, in braun und schwarz	7.90
Gartenschlauch 95	65	HERMANN TIETZ KARLSRUHE		Zitronenpresse dopp. 35	12
Blumengießkanne 5 Liter, oval, grün lackiert	95			Limonadegläser 6 Stück	30
Eismaschinen 2 Liter Inhalt	13.25 Preis 8.50			LimonadSERVICE 1 Krug und 6 Becher	2.25
				Butterkühler Ton mit Glasinsatz	34

soweit sie politisch auf unserem Boden stehen. Referent: Genosse Kurz-Gröningen.

Sonntag, den 10. Juli:
Geben: Abends 8 1/2 Uhr im „Schwanen“. Referent: Hauptlehrer Gen. S. a. e. b. l. e. r. - Karlsruhe.
Wörth: Abends 8 1/2 Uhr im „Volkshaus“, Vorführung der politischen Revue „Der rote Faden“.
Kastatt: Abends 7 Uhr Martinslak. Referent: Reichstagsabg. Gen. K. e. m. m. e. l. e.
Frauenbach: Mittags 3 Uhr im Gasthaus „zum Wagen“. Referent: Gen. H. e. p. p. e. l. e. r. - Karlsruhe.
Dürenau: Am Sonntag, den 10. Juli findet mittags 3 Uhr im „Tor“ eine Versammlung der Mitglieder und Genossenschaftsfreunde unserer Partei statt, in welcher Gen. T. r. i. n. k. - Karlsruhe spricht. Genossen, kommt zahlreich! Jeder bringe einen Gefinnungsfreund mit!

Samstag, den 16. Juli:
Kappelrodt: Abends 9 Uhr im alten Schulhaus Mitgliederversammlung mit Vortrag von Gen. T. r. i. n. k. Kommt zahlreich! Jeder bringe einen Gefinnungsfreund mit!
Forbach: Abends 8 1/2 Uhr im „Löwen“. Referent: Gen. B. r. a. n. n. a. t. - Karlsruhe.
Zell a. H.: Abends 8 Uhr im „Bädischen Hof“. Referent: Landtagsabgeordneter Gen. W. e. i. t. - Karlsruhe.
Dürenau: Abends 8 Uhr im „Strauß“. Referent: Gen. W. ä. n. n. e. r. - Karlsruhe.
Offenburg: Abends 8 Uhr in der Michelhalle. Referent: Reichstagskandidat Gen. W. e. i. t. - Karlsruhe.
Gengenbach: Abends 8 1/2 Uhr im Lokal Hebel Versammlung von Mitgliedern der Partei, Gefinnungsfreunden und Mitgliedern der Gewerkschaften und aller örtlichen Arbeitervereine, soweit sie politisch auf unserem Boden stehen. Referent: Wärrnmeister Genosse W. u. m. e. u. l. d. - Offenburg.
Karlsruhe-Offenburg: Abends 8 Uhr in der „Altefledung“. Referent: Gen. W. a. r. r. e. r. - Karlsruhe.
Stein: Abends 9 Uhr im „Stern“. Referent: Genosse L. o. h. m. a. n. n. - Forstheim.
Obergrumbach: Abends 8 1/2 Uhr im „Hirsch“. Referent: Stadtrat Gen. T. ö. p. p. e. r. - Karlsruhe.

Sonntag, den 17. Juli:
Gausbach: Mittags 3 Uhr in der „Schönen Aussicht“. Referent: Gen. S. t. e. r. n. - Karlsruhe.
Staufenberg: Mittags 3 Uhr im „Stern“. Referent: Genosse S. a. e. b. l. e. r. - Karlsruhe.
Genossen! Bereitet sämtliche Veranstaltungen auf vor, besorbt die rechtzeitige Anmeldungen bei den zuständigen Bezirksämtern, die 48 Stunden vorher zu erfolgen haben.
Werdet für Massenveranstaltungen! Das Parteifekretariat.

Flugblattverbreitung

am Samstag, den 16. und Sonntag, den 17. Juli.
Genossen! Arbeiterportier! Reichsbannerkameraden! Mitglieder der Eisernen Front! Arbeiterjugend! Beteiligt euch an der Flugblattverbreitung! Werdet euch bei den Ortsvereinsvorsitzenden, in den Städten bei den Bezirksobleuten!
Das Parteifekretariat.

Schafft Munition!

Denkt daran, daß wir kein Geld bekommen von besitzenden Kreisen, daß wir den Kampf mit den Großen der Arbeiterklasse führen müssen. Sammelt unablässig! Auch der kleinste Beitrag wird gewertet und mit Dank angenommen!
Kauft Freiheitsopfermarken! Zeichnet auf Sammellisten! Wer keine Gelegenheit hierzu hat, überweise sein Freiheitsopfer auf das Postfachkonto Nr. 29 081 (Sozialdemokratisches Parteifekretariat), Postfachamt Karlsruhe.
Das Parteifekretariat.

Nazibizanz im Preussischen Landtag.

Soeben erschien die Nr. 27 des Diskussionsorgans der Partei, „Das freie Wort“. Es bringt neben dem interessantesten Zeitartikel einen wertvollen Beitrag des Gen. Dr. Ernst Hamburger: Nazibizanz im preussischen Landtag. Genosse Hamburger stellt Worte und Taten gegenüber, die Herberich, die der „Angriff“ und der „Wärtliche Beobachter“ vor der Wahl großsprecherisch verbandelt und die Ergebnisse des Wählens der 162 im Preussischen Landtag.

Eine große Zahl von Zeitungen sind dem im Augenblick ungeheuer aktuellen Problem der roten Einheitsfront gewidmet. Die Genossen aus Würzburg und Wiesbaden schildern ihre Erlebnisse und beleuchten damit schlagartig die Situation und zeigen auf, was es mit dem Geschrei der Kommunisten von der Einheitsfront in Wirklichkeit auf sich hat. Auch sonst sind gerade zu diesem Thema eine Fülle wertvoller Beiträge veröffentlicht.

Ganz besondere Aufmerksamkeit möchten wir auf den Artikel der Genossin Trude Biebert lenken. Antikörper an einen Vortrag im Preussischen Landtag schildert sie die ständige Verarmung und den Sozialismus, den die Nationalsozialisten in das ganze politische Leben und das Parlament tragen. Vor den Wahlen werden sie mit sentimentalen Worten und Platitien um die Frauen als Wählerin, um sie nachher in der unerhörtesten Form zu beschimpfen.

Les! „Das freie Wort“. Es unterrichtet über alle politischen Fragen und liefert wichtiges Material für den Kampf.
„Das freie Wort“ kostet durch die Post bezogen 21 Pf. pro Monat. Es erscheint wöchentlich. Einzelhefte sind zum Preise von 20 Pf. durch jede Buchhandlung zu beziehen. Probehefte versendet gratis und portofrei der Freie-Wort-Verlag, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Kirchenwahlen!

Alle Gegner des menschen- und seelenzerstörenden Kapitalismus wählen am 10. Juli nur die Liste des Volkskirchenbundes evangel. Sozialisten

A. S. und A. S. = aha!



Adolf Hitler: Wir haben unser Gesicht gefarnet
Alfred Hugenberg: — nun erkennt gewiss niemand, daß wir die Stützen der Papenregierung sind!



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

1822 Engl. Dichter Shelley ertrunken. — 1830 Frankreich annektiert Alger. — 1838 *Ruppel. — 1867 *Radiererin Käthe Kollwitz. — 1925 Franz. Kammer ratifiziert Washingtoner Achtstundens-Abkommen. — 1927 Arbeitslosen-Versicherungs-Gesetz im Reichstag angenommen.

Stadtrat lehnt den Voranschlag ab

Der Stadtrat hat in seiner gestrigen Sitzung den vom Oberbürgermeister Dr. Finter vorgelegten Haushaltsplan der Stadt für 1932 mit allen gegen die vier Stimmen der Bürgermeister abgelehnt.

Wie bereits gemeldet, ist in dem Voranschlag u. a. eine Erhöhung der Bürgersteuer von 300 auf 400 Prozent vorgesehen. Auf Grund der Notverordnung wird nun Dr. Finter den Rat von sich aus in Kraft setzen, so daß eine vorherige Beratung im Bürgerausschuß entfällt. Gegen diese Anordnung kann der Stadtrat beim Landeskommissar Einspruch erheben. Ob er von diesem Recht Gebrauch macht, steht noch nicht fest.

Besuch der städt. Bäder im Monat Juni

A) Hallenbäder		
	1931	1932
Schwimmbäder	23 453	24 592
Wannenbäder	9 715	9 570
Kohlensäurebäder	438	269
Schaumbäder	75	23
Kneippgüsse	192	158
Jangobäder	2 24	175
Dampfbäder	446	525
Elektrische Lichtbäder	578	546
Kurbäder	672	765
Brausebäder	868	—
	38 661	36 623

B) Freibäder		
	1931	1932
Rheinstrandbad Rappenswört	58 603	32 990
Sonnenbad am Rheinhafen	9 195	2 386

Die Aufstellung zeigt, daß in sämtlichen Bädern ein Rückgang zu verzeichnen ist mit Ausnahme der Kurbäder. In dem Rückgang spiegelt sich so recht die Not der Zeit und es ist wirklich außerordentlich bedauerlich, daß eine große Anzahl von Menschen nicht mehr das nötige Geld hat, um sich das nötige Bad leisten zu können. Daß unter solchen Umständen die Volksgesundheit leiden muß, ist ja selbstverständlich. Desto unbegreiflicher erscheint es aber, wenn die badeulastige Bevölkerung durch zu harte behördliche Maßnahmen daran gehindert wird, selbst an nicht gefährlichen Badeplätzen sich ein Freibad zu nehmen. Wir reden sicherlich einem solchen wilden Waden nicht das Wort, das Gesundheit, Leben und Sittlichkeit des Einzelnen gefährdet und den Mitmenschen Schäden verursacht. Aber uns scheint dennoch, daß man dann und wann mit dem Verbot etwas zu weit geht.

Neben den Hallenbädern haben die Freibäder einen ganz bedeutenden Rückgang zu verzeichnen, so das Rheinstrandbad Rappenswört von 58 603 auf 32 990 und das Sonnenbad im Rheinhafen von 9 195 auf 2 386. Nun wird ein großer Teil des Rückganges wohl auf das Konto des schlechten Wetters zu buchen sein. Dazu muß allerdings bemerkt werden, daß wir auch im Juni des vorigen Jahres nicht das allerhöchste Wetter hatten, wenigstens es auch besser war wie im Juni 1932. Aber der größte Teil des Rückganges ist wohl auf die schlechte wirtschaftliche Lage der Masse zurückzuführen, denn neben dem Eintrittspreis ins Strandbad Rappenswört muß auch noch die Straßenbahnfahrt nach Rappenswört in Berechnung gezogen werden, die sehr ins Gewicht fällt, insbesondere, wenn mehrere Familienmitglieder in Betracht kommen. Die Folge davon ist, daß eben diese Leute meistens zum sogenannten wilden Baden Zuflucht nehmen.

Geradezu katastrophal ist aber der Rückgang beim Sonnenbad im Rheinhafen. Es hat gegenüber dem Juni 1931 nicht weniger als 6809 Besucher weniger zu verzeichnen. Dieser ungeheure Rückgang hat wohl zum allergrößten Teil seine Ursache in der einfach unbegreiflichen Maßnahme, mit welcher die Stadtverwaltung gerade das Rheinstrandbad bedacht hat. Der Mißstand, daß an drei Tagen der Woche überhaupt nur Frauen baden dürfen, ist erweislich hinweggefegt worden und die gesamte Presse ihre Stimme gegen den unhaltbaren Beschluß der Stadtverwaltung erheben, bis man die Aufhebung des unangebrachten Beschlusses beschloß. Unstreitbar würde die Frequenz des Rheinstrandbades sich ganz bedeutend steigern, wenn man noch den letzten Rest der behördlichen Eitelkeit, nämlich das Verbot des Familienbades ebenfalls beseitigen würde. Den Gegnern des gemeinsamen Luftbades — das Wasserbad ist ja gemeinlich — könnte man ebenfalls durch entsprechende Einrichtungen entgegenkommen. Aber zuerst muß scheint's der Schaden ein recht großer sein, bevor man sich zu einer vernünftigen Regelung entschließt.

Arbeitsinvaliden für Eiserner Front

Der schlimmste und brutalste Schlag durch die Notverordnung der Papen-Regierung wurde entschieden gegen die Arbeitsinvaliden und Rentempfänger geführt. Wer sich ein unfertiges Volksglied verübt, hat das Recht verübt, sich national zu nennen. Dieses „Nationale“ ist ebenso unwahr und unehrlich, wie das nationalsozialistische der Partei, die diese Regierung unterstützt, die diese Hungernotverordnung ausließ, nur, um ihre uniformierten Banden wieder freizubekommen. Salssteuerungens und Rentenkürzer ein anderes Schlagwort und Schmachwort für die Hitlerbanden kann es nicht mehr geben.

Man hätte den popogehalteten Badisch-Wagner und seine SA-Gesellen in die Verjammung ins Volkshaus am Montag nachmittags zwingen sollen, in der die Hunderte Arbeitsinvaliden ihrem Groll und ihrer Empörung über den Raub, den man an ihnen verübt, Luft machen. Die Empörung, die Not hatte die Säumiaffen aufgerüttelt. Bis zum letzten Platz war der Saal besetzt. Mit Spannung und Interesse folgten sie dem Bericht ihres Vorsitzenden Klingele über den Verhandlungstag in Breslau, der schon unter dem Zeichen der Notverordnung stand, und den Erläuterungen über die Papen-Verordnung. Mit Stolz vernahmen sie die Mitteilungen über den Stand der Organisation des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden Deutschlands; 63 000 neue Mitglieder in einem Jahre; bester Stand der Kassenerhältnisse; eine gut geleitete und schlagkräftige Organisation! Schärft sich Genosse Klingele mit der neuen Regierung gegen Sozialversicherung ins Gericht, die den verschuldeten Junkern und Großagariern Millionen gibt, und den Arbeitslosen und Rentempfängern das Letzte nimmt. Es muß verhindert werden, daß am 31. Juli ein Reichstag gewählt wird, der dieser Regierung noch Helfershelfer ist. Denn dann bestünde höchste Gefahr für die gesamte soziale

Gesetzgebung. Es geht also am 31. Juli um die Existenz, um die Daseinsberechtigung der Arbeiterbewegung und ihrer Errungenschaften.

Die Ausführungen des Vorsitzenden Klingele fanden in der Versammlung ein lebhaftes Echo. Ein Kollege aus Durlach stellte die färglichen Renten, die die Baronsregierung noch mehr schmälerte, den Rielengehältern der Generaldirektoren der Großbetriebe, den Lantienern der Aufsichtsräte gegenüber. Ein Schrei der Entrüstung ging über die Versammlung bei Anhören dieser Zahlen hin. Gauleiter Thomas teilte Einzelheiten aus der Notverordnung mit, die besonders frag die menschliche Ungerechtigkeit gegenüber den Rentempfängern beleuchteten.

Und das Ergebnis! Sie reihen sich ein, die Alten und Gebrechlichen, in die große Abwehr- und Kampfesfront der Eisernen Front. Sie kämpfen mit gegen ihre Feinde, die Freibären und Barone, gegen deren Hittersbeller und Spießgesellen, die Faschisten, die Salssteuerträger und Rentenkürzer! Der alte Kampfgeist, der sie besetzt, als sie noch jung waren und im Kampfe um ihre Rechte standen, lebt in ihnen noch. „Nicht auf Wiedersehen“ rief ein altes Mütterchen einer Kollegin zu, die sich mit diesem Grube entern wollte. „Jetzt heißt es Freiheit!“ So riefen sie alle am Schluß, die schwierigen Täuße hochgeredt. Freiheit! Freiheit! Wir kämpfen, wir marschieren, wir rechnen ab. Freiheit!

Folgende Entschlüsse wurden einstimmig angenommen: Die heute im überfüllten Volkshaus abende Versammlung des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden von Karlsruhe gelobt, mit allen Mitteln dafür einzutreten, daß am 31. Juli 1932 (Reichstagswahl) die Eiserner Front siegt, weil nur dadurch die Gewähr gegeben ist, daß die deutsche Sozialversicherung erhalten bleibt.

Achtung! Achtung! Flugblattverbreitung für Groß-Karlsruhe

Mit Rücksicht auf die Veranstaltung der Eisernen Front am kommenden Samstag, 9. Juli, findet die Flugblattverbreitung am Sonntag, 10. Juli, vormittags von 8 Uhr ab, statt. Wir ersuchen die Partei- und Gewerkschaftsmitglieder, Arbeiterportier und Arbeiterführer, SA, (Arbeiterjugend), Kameraden des Reichsbanners und der Eisernen Front, in nachfolgenden Lokalen und Ausgabestellen die Flugblätter in Empfang nehmen zu wollen.

- Rintheim: Genosse Heller, Ernststraße 95,
- Mittstadt: „Bernhardshof“
- Mittstadt: Genosse Klingele, Adlerstraße 27,
- Mitt- und Südweststadt: „Gambriusshalle“
- Weststadt: Genosse August Friedrich, Vorstraße 28,
- Mühlburg: Genosse A. Genth, Lamanstraße 57,
- Daglanden: Genosse Th. Kunz, Magdalenstraße 26,
- Grünwinkel: Genosse H. Spachholz, Gerberstraße 7,
- Bulach: Genosse J. Raftätter, Rannwaldallee 134,
- Beiertheim: Genosse A. Kiefer, Karolinenstraße 10,
- Südstadt: „Deutsche Eiche“, Augartenstraße,
- Rippurr I: Genosse F. Höhn, Afernweg 21,
- Rippurr II: W. Lipp, Albert-Braun-Straße,
- Weiberfeld: Genosse G. Schäufele, Belchenstraße 18,
- Sardwaldhölzung: Gen. H. Drollinger, Stößerstr. 3.

Karlsruher Hafenerkehr

St.N. Der Wasserstand des Oberrheins zeigte im Juni 1932 — im ansen genommen — eine sinkende Tendenz. Am Pegel zu Magau betrug er am Anfang des Monats 544 Ztm., ist unter Schwankungen bis auf 465 Ztm. am 21. gesunken und sodann unter Schwankungen wieder, bis auf 507 Ztm. am Ende des Monats gewachsen. Der Wasserstand des Oberrheins war hiernach im Juni 1932 für die Großschifffahrt nach und von Karlsruhe noch etwas günstiger als im Mai 1932. Schiffsleistungen waren zur Fahrt nach Karlsruhe im Monat Juni 1932 nicht erforderlich.

Im Hafen Karlsruhe sind im Juni 1932 111 Güterboote und Motorboote sowie 253 Schleppboote ankommen und 109 Güterboote und Motorboote sowie 271 Schleppboote abgegangen. Der Schiffsverkehr war im Juni 1932 stärker als im Mai 1932. Gegenüber dem Verkehr im Juni 1931 war der Verkehr im Juni 1932 bei den Güterbooten und Motorbooten sowie bei den abgehenden Schleppbooten größer, bei den ankommenden Schleppbooten etwas schwächer.

Der Umschlagverkehr im Karlsruher Rheinhafen war im Juni

1932 rund 10 000 Tonnen stärker als im Mai 1932, dagegen rund 10 000 Tonnen kleiner als im besonders günstigen Juni 1931.

Die Personenschifffahrt nach und von Karlsruhe, die Schifferfahrten im Karlsruher Hafengebiet sowie die Fahrten nach und von dem Rheinstrandbad Rappenswört liehen wiederum die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage unseres Volkes deutlich erkennen.

ADGG.

Auf zur Kirchenwahl!

Wir fordern unsere Kollegen und Kolleginnen, die zur Wahl der evangelischen Landessynode berechtigt sind, auf, von ihrem Wahlsrecht Gebrauch zu machen. Es gilt, den Nazis ein Paroli zu bieten durch die Wahl des Volkskirchenbundes evangelischer Sozialisten.

Darum auf zur Wahl! Wahrsrecht bedeutet Wahlsplacht!

Die Arbeiterkamerader beteiligen sich in voller Ausrüstung an der Kundgebung der Eisernen Front am Samstag nachmittags, Treffpunkt 1/2 Uhr am Alten Bahnhof, Wbl. D und E ebenfalls dort Treffpunkt.

(:) 70. Geburtstag. Die bekannte pfälzische Dichterin Lina Sommer feiert heute ihren 70. Geburtstag. In Speier geboren hat sich die geschätzte Dichterin in Baden und in der Pfalz einen bekannten Namen als Heimdichterin geschaffen, so daß ihre zahlreichen Schriften stark verbreitet sind. In Karlsruhe, das sich Frau Lina Sommer als Ruheflucht erkoren hat, gedenkt der pfälzische Heimatkreis in Verbindung mit vielen anderen gerne dieses Tages.

(:) Die Ziehrliste der Arbeiter-Samariter-Geldlotterie ist eingetroffen und ist in der Volksbuchhandlung, Waldstraße 28, und beim Vorsitzenden der Kolonne, Kaiserstr. 46, erhältlich.

Sommer-Operette im Städt. Konzerthaus. Die sich größter Beliebtheit erfreuende Operette „Frühlingsluft“ wird heute abend 20 Uhr wiederholt. Der Besuch der Vorstellung kann nur empfohlen werden, zumal durch die Herabsetzung der Eintrittspreise für meisteste Kreise die Möglichkeit zum Besuche der Aufführung besteht.

Beamte!

Auch euer Wohl wird jetzt bei der Reichstagswahl entscheidend. Darum fordern wir euch auf:

Reicht euch ein in die Eiserner Front!

Werbegruppe sozialdemokratischer Beamten
Allgemeiner Deutscher Beamtenbund



Wir zeigen uns! • Morgen Samstag!

Massen heraus! 7 Uhr Antreten Schloßplatz!

Frauen und Männer! Wir haben unsere Freiheit zu verteidigen!

Die Eiserner Front marschieren im Kampf für den Sozialismus!

Kämpfer sein, heißt morgen Abend in den Reihen der Eisernen Front marschieren!

Republikanische Bevölkerung zeige Dich!

Morgen Samstag spricht **A. Remmele**, Minister a. D.

Was die Dame braucht



WASCHE

Taghemden in weiß mit Steckerl od. farbiger Blende **-0.75**
Taghemden in weiß oder bunt, solide Qualitäten **1.25**
Nachthemden in weiß od. bunt mit Klüppel Spitze od. Blendenarter **1.45**
Nachthemden solide Qualität in verschönten Ausführungen **1.95**
Kunsts. Unterkleider gute Qualität, moderne Längen mit elegant Motiv **2.45**
Hemdhoasen aus weiß. od. bunt, Wäschestoff oder Kunstseid. Crede **1.95**

KORSETTS

Büstenhalter aus solid. Wäschestoff od. B. Trik. Vord- od. Rückenschl. **-0.50**
Büstenhalter aus porös. K.-Seidentrik. od. Popeline, gute Passformen **-0.75**
Sportgürtel seitlich gehakt, aus gutem Broché, breite Form **1.25**
Hüfthalter solide Qualität, seitlich gehakt od. Rückerschürzung **1.75**
Dam.-Schürzen aus Zell-Siamosen oder Cretonne **-0.75**
Hauskittel ohne Arm, aus gutem Wäschestoff **1.45**



TRIKOTAGEN

Damen-Schluphosen Kunstseide Charmeuse, Größe 42-48 **1.20**
Damen-Unterkleid Kunstseide Charmeuse m. gestickt. Motiv, Größe 42-48 **2.60**
Damen-Schluphosen Poröse Kunstseide Größe 42-48 **1.30**
Damen-Hemdchen Kunstseide mit Mako platt, poröse Sommerqual, Gr. 42 **1.80**
Damen-Hemden Feinmaschige Kunstseide 90 cm lang m. Bandträger **2.10**
Damen-Schluphosen Kunstseide mit Mako platt, poröse Sommerqual, Gr. 42 **2.10**



Besonders Billig bei KNOPE

KAMMER LICHTSPIELE

Sie sehen **ab heute** in den Kammerlichtspielen den großen Tonfilm aus dem fernen Osten

Weib im Dschungel

In der Hauptrolle **Charlotte Ponto, Ernst Nachbauer, Erich Ponto u. a. m.**

Als zweiten Schläger-Film sehen Sie **„Ritter der Luft“**

Die groß-Kampffilme d. Weltkrieges **Richtofen, Immermann, Gooker, Lindbergh, Byrd, Amundsen.**

Dieser Film zeigt Ihnen alle Flugbeiden bis zum heutigen Tage.

Beginn d. Vorstellungen: 3, 4, 6, 8, 10, 12

NÄHMASCHINE 115 MK.

fabrikneu, Weltmarke, auch auf Teilzahlung.

Wohnstraße 1, 50 Mk. 1. Zahlung August, Kostenloser Nähkursus. Ohne Anzahlung frei Haus.

Altmaschinen in Zahlg. Angebote unter 9742 Mk. an das Volkswirtschaftsbüro. 646

JVAN PETROVICH BETTY BYRD ELGA BRINK u. a.

in dem weltbekanntesten Lustspiel von **HODA RODA** und **CARL ROESSLER**

Der Feldherrnhügel

Manuskript: Eugen SZATMARI
Musik: OTTO STRANSKY
Regie: EUGEN THIELE

großes Beiprogramm
Wochenschauspiel

Jugendliche, Erwerblos, u. Kleinrentner nachmittags halbe Preise

Beginn: 8.00 / 6.15 / 8.30
Sonntags ab 3 Uhr

GLORIA PALAST

Drei Ausnahmetage!

Frische Sennereibutter

Pfund 1.08

Mengenabgabe vorbehalten.

Eier-Handels-Gesellschaft
Kaiserstr. 14b und Filla Kaiserstr. 172
Lieferung frei Haus. Telefon 6348

St. Jakobs-Balsam

„Echter“ zu Mk. 3.-

an Apoth. C. Trautmann, Basel. Hausmittel ersten Ranges für alle wunden Stellen, Krampfadern, offene Beine, Brand, Hautleiden, Flechten, Wolf, Frostbeulen, Sonnenbrand, **Nachwirkungen zurückweisen.** In den Apotheken zu haben.

Schuhwaren

kaufen Sie bei uns ab heute trotz bekannt billiger Preise mit **10% Rabatt**

besuchen Sie diese selten günstige Kaufgelegenheit

Ladenburger & Co.
Zähringerstraße 50 (zwischen Kronen- und Walhornstraße)

Kammerspiele

Volles Landestheater

Sommer-Operette

Städt. Konzerthaus

Freitag, 8. Juli

Frühlingsluft

Operette von Karl Lindau und Julius Wilhelm

Winf nach Motiven von Josef Strauß, zusammengestellt von Ernst Reiterer

Dirigent: Hilger

Regie: Reifner

Witwirtende: Fierment, Schwarz, Reifner, Krager, Schönholzer, Sellmann, Edler, Oberl, Wacker, S. Windemann, Wato, Wauer, Schniger, Wehner

Anfang 20 Uhr
Ende 22.30 Uhr
Preise 1.00-3.00 Mk.

Sa. 9. 7. Zum ersten Mal: **Gräfin Mariza**
So. 10. 7. Frühlingsluft

Volksbühne

Blau abholen!

Stadtgarten

Sonntag, 9. Juli
Von 20-22 1/2 Uhr

Gartenfest

des Musikvereins Harmonie und des Gesangsvereins Liebertraum

zu dem auch andere Besucher zum öffentlichen Musikaufschlag Zutritt haben. 840

Abends die verbilligten Eintrittspr.

Dirigent gesucht.

Der Arb.-Gesang-Verein Eintracht Ettlingen (Gem. Chor) sucht zum sofortigen Eintritt tüchtigen Dirigenten. Gehalt: 200.- bis 300.- M. je nach Leistung.

Interesse bek. an **E. Gluck, Ettlingen, Rheinstr. 92a.** 643

Wie? Aber selbstverständlich

Kostenlos kann jeder Abonnent im Monat einmal eine kleine Ansohle bringen

Warnung

Verleihen nicht über-
abliche Kunde u. Regen
an Unbekannte. Vah! Sie
schmerzlos töten beim
Wolvenmeister, Schlicht-
haupte 17, Tel. 6560.
Erdungsbild täglich von
2-6 Uhr nach ausgen
Sonntag und Sonntag
und feiertage Man gebe
Kindern Tiere nicht als
Spielzeug. 320

Gärtner-Gebrüder

für 14-jährig. Jungen
billig zu verkaufen
Wd. 1. str. 1267
K1250 im Volksfreund

Roland

Ein Schub- in dem Sie besser laufen.

Preis nur **850**

Artikel 252 schwarz echt Box.
351 Lackleder
450 braun echt Box.

Karlsruhe Kaiserstr. 108

Wie? Aber selbstverständlich

Kostenlos kann jeder Abonnent im Monat einmal eine kleine Ansohle bringen

Küchen in großer Auswahl

Besonders schön ausgefallene Modelle in praktischer Einteilung. **Stannend billige Preise!** Es lohnt sich, meine Ausstellung in 3 Fenstern zu besichtigen. 2625

Möbel-Gondorf

2 Erbprinzenstr. 2 neben Pianohaus Schweisgut

Marktwagen, Stadrig.

billig zu verkaufen
Wd. 1. str. 1267
K1250 im Volksfreund

Empfehlung

Rahieren 20 3, Haar-
schneiden 50 5, Junker,
Durlacher Str. 105

Gebr. Kranzmaier

Wohn- u. Kaufhaus
zu leihen gel. **Wulach**,
Rene Anlagestr. 29.

Antilige Bekanntmachungen

Wählerliste für die Reichstagswahl.

1. Die Wählerliste (Karte) für die am 31. Juli 1932 stattfindende Reichstagswahl liegt für die ganze Stadt einschließlich der Vororte von einschließlich Sonntag, den 10. bis einschließlich Sonntag, den 17. Juli, im kleinen Saal des Kongresshauses (eine Treppe, Eingang: Seitliche Gg., gegenüber der Ausstellungshalle) zu jedermanns Einsicht auf und zwar Wertags von 9-19 Uhr, Sonntags von 10-13 Uhr. Einspruch (mündlich oder schriftlich) gegen die Liste kann nur in dieser Zeit, und zwar nur in der oben angegebenen Geschäftsstunde erhoben werden; auf jeden Fall sind Beweismittel (z. B. Pass, polizeiliche Anmeldung) vorzulegen.

2. Eingetragen in die Wählerliste sind alle hier wohnenden, am Wahltag (31. Juli) mindestens 20 Jahre alten Reichsbürger, soweit nicht der Ausübung ihres Wahlrechts gezielte Bestimmungen entgegenstehen.

3. Jeder in die Wählerliste Eingetragene erhält eine grüne Wahlkarte, aus der ersichtlich ist, in welchem Wahlbezirk und mit welcher Nummer er in die Wählerliste aufgenommen ist, und wo er sein Wahlrecht ausüben kann. Für die in nachrichtigen Verleihen erbringt sich also die Einsichtnahme in die Wählerliste. Vor bis Diensta, den 12. Juli, keine Karte erhalten hat, steht nicht in der Wählerliste. Glaube er, wahlberechtigt zu sein, so muss er sich bei der oben (Ziffer 1) angegebenen Stelle bis 17. Karlsruhe, den 5. Juli 1932.

Der Oberbürgermeister,

Junger Mann, 28 J.

Stelle als Chauffeur
oder Fahrer bei mäß.
Ansprüchen. Zu erfragen
unter F 1260 im Volksfr.

Rinderl. Ehepaar nimmt

Kind in Pflege, evtl.
in späterer Annahme an
Einbestell. Distretion
angehört. Wd. 1. str.
unt. F 1260 im Volksfr.

Zu verkaufen

weil ein
Stille mit Katze
12.4, Wd. 1. str. 1267
K1250 im Volksfr.

Empfehlung

Rahieren 20 3, Haar-
schneiden 50 5, Junker,
Durlacher Str. 105

Gebr. Kranzmaier

Wohn- u. Kaufhaus
zu leihen gel. **Wulach**,
Rene Anlagestr. 29.

Gebr. Kranzmaier

Wohn- u. Kaufhaus
zu leihen gel. **Wulach**,
Rene Anlagestr. 29.

Gebr. Kranzmaier

Wohn- u. Kaufhaus
zu leihen gel. **Wulach**,
Rene Anlagestr. 29.

Gegengauer Anzeigen

Neuwahl des Reichstages Herr.
Die Wahl der Abgeordneten in den Reichstags-
tag findet am Sonntag, den 31. Juli 1932
von vormittags 8 Uhr bis nachm. 5 Uhr
statt.

Die Stimmkarte für diese Wahl liegt in
der Zeit vom 10. bis einschl. 17. Juli 1932,
und zwar Montags bis Freitags von vor-
mittags 8 bis 12 Uhr und nachm. von 2 bis
5 Uhr, Samstags vor vorm. 8 bis 12 1/2 Uhr
und Sonntags von vorm. 11 bis 12 Uhr
auf dem Rathaus, Zimmer Nr. 8, zu jedermanns Einsicht aus.

Wer die Stimmkarte für unrichtig oder
für unvollständig hält, kann dies bis zum
Wahltag der Auslegungsfrist dem Bürger-
meister schriftlich anzeigen oder auf Zimmer
Nr. 8 zur Wiederkräftigung. Soweit die
Möglichkeit ist, sind für die Beweismittel beizubringen.

Stimmberechtigt ist, wer am Wahltag (31.
Juli) Reichsbürger und 20 Jahre alt
ist.

Wahlmänner kann jedoch nur, wer in die
Stimmkarte eingetragen ist oder einen
Ausgleichsbescheid vom Bürgermeister
erhalten hat, an der Wahl teilnehmen.

1. Wer unentschieden ist oder unvollständiger
Vormundschaft oder wegen geistiger
Schwäche unter Aufsicht steht.

2. Wer rechtskräftig durch Richterbescheid die
Bürgerliche Ehrenrechte verloren hat.
Die Ausübung des Wahlrechts rührt nur
für Soldaten während der Dauer ihrer Zu-
gehörigkeit zur Wehrmacht.

Verhindert an der Ausübung des Wahl-
rechts sind Personen, die wegen Weisstraf-
recht oder Weisstrafschlüsse in einer Zeit-
oder Weisstrafanstalt untergebracht sind, ferner
Straf- und Untersuchungshaftgenossen sowie
Personen, die infolge gerichtlicher oder polizeilicher
Anordnung in Verwahrung gehalten
werden.

Ausgenommen sind Personen, die sich aus
polizeilichen Gründen in Schutzhaft befinden.

Am Montag Juli sind folgende Steuern
verfallen:

1. Juli: 1. Hälfte der Gebäudeversicherungs-
umlage für 1931.
10. Juli: Umfasssteuer für Monat Juni d. J.
2. Vierteljahr 1932.
15. Juli: Grund- und Gewerbesteuer 2. Viertel
sowie Landesteuerbescheid d. J.
Sämtliche vorgenannten Steuern können
bei der Finanzhilfsstelle hier (Rathaus) entrichtet
werden.

Bedenke zur Umsatzsteuer sind dafelbst
erhältlich.

Förderung des Volkshauses.

Um den einzelnen Volkshauses getrennt
zu können, welche Wohnungen die
Sprünge auf den Volkshauses ausgedehnt
haben, wird am nächsten Sonntag, den 10.
d. Mts, eine Begehung des Volkshauses
genommen.

Interessenten wollen sich um 8 Uhr beim
Gadwert sammeln. Es wird oder sofort um
8 Uhr die Begehung ansetzen, da sie bis
um 10 Uhr durchgeföhrt sein soll.

Wohnungsfürsorge.

Die Privatwohnungsbesitzer werden ersucht,
laufend ihre leerstehenden Wohnungen unter
Anzeige des Mietpreises im Rathaus, Zimmer
Nr. 10, anzumelden.

Es besteht immer Nachfragen nach Wohnungs-
angeboten, insbesondere von Rentnern, die
Wohnungen suchen.

Es wollen daher insbesondere Ein- bis
Zweizimmerwohnungen, wenn solche
verfügbaren sind, sofort angemeldet werden.

Die Stadtgemeinde veranstaltet zur
Erhaltung schöner Photostudien Bilder von
Gaggenau und seiner Umgebung einen
Photostudienwettbewerb

Mit Darstellungsobjekte kommen Bilder
vom Stadtbild, vom Landschaftsbild, vom
Stadtbild, von schönen Strassen, und
Platzbild, alten Bäumen, von den Waldwegen,
von Partien an der Mura, von den Höhen-
wegen und um Gaggenau, von bekannten
Berühmtheiten u. a. in Frage.

Die Bilder müssen, mit einem Wertwoort,
verleihen, in achtschloffenem Briefumschlag mit
Adressle, bis spätestens 1. August d. J., beim
Bürgermeister abgegeben werden. Die
schönen Bilder werden angekauft und in einer
südbunden Zeitschrift veröffentlicht.

Mit Preise werden ausgeteilt:

1. Preis RM. 10.-
2. Preis RM. 6.-
3. Preis RM. 4.-

Außerdem werden noch 10 Trostpreise in
Form von Büchern bzw. Photomaterial
ausgeteilt. 847

Gaggenau, den 7. Juli 1932.
Der Bürgermeister,
Gaggenau.

Gebr. Kranzmaier

Wohn- u. Kaufhaus
zu leihen gel. **Wulach**,
Rene Anlagestr. 29.

Gebr. Kranzmaier

Wohn- u. Kaufhaus
zu leihen gel. **Wulach**,
Rene Anlagestr. 29.

Gebr. Kranzmaier

Wohn- u. Kaufhaus
zu leihen gel. **Wulach**,
Rene Anlagestr. 29.

Gebr. Kranzmaier

Wohn- u. Kaufhaus
zu leihen gel. **Wulach**,
Rene Anlagestr. 29.

Gebr. Kranzmaier

Wohn- u. Kaufhaus
zu leihen gel. **Wulach**,
Rene Anlagestr. 29.

Gebr. Kranzmaier

Wohn- u. Kaufhaus
zu leihen gel. **Wulach**,
Rene Anlagestr. 29.